

Wöchentlich 70 Bl. monatlich 2.— M. im voraus zahlbar. Postbezug 2,72 M. einjähr. Bestellgeld, Auslandsendungen monatlich 1,50 M. per Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Feiertagen einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilagen „Welt und Zeit“ und „Kinderfreund“, „Heimerhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Technik“, „Bild in die Arbeiterwelt“ und „Jugend-Vorwärts“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einblättrige Sonntagsausgabe des „Vorwärts“ (Sonntagsausgabe) ist eine Sonderausgabe des „Vorwärts“ (Berliner Volksblatt) und ist nicht mit dem „Vorwärts“ (Berliner Volksblatt) zu verwechseln. Die Sonntagsausgabe ist eine Sonderausgabe des „Vorwärts“ (Berliner Volksblatt) und ist nicht mit dem „Vorwärts“ (Berliner Volksblatt) zu verwechseln.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Föhnpost 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 536 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65 Leipzig-Gesellschaft, Depotkassa Lindenstr. 3

Rußland schweigt.

Verhaftungen bestätigt. — Keine näheren Mitteilungen zu erwarten. — Industriesabotage oder Unfähigkeit?

Moskau, 13. März.

Die Telegraphenagentur der Sowjetunion meldet: Die Gerichtsbehörden bestätigen, daß unter den wegen eines konterrevolutionären Komplotts im Donezbecken Verhafteten sich sechs deutsche Ingenieure befinden. Die Akteure bereits in seinem Reserat im Moskauer Sowjet erklärte, werden die verhafteten ausländischen Fachleute dem Gericht übergeben. Bis zum Abschluß der Untersuchung teilen die Gerichtsbehörden nichts Näheres mit.

Die Verhaftung von sechs deutschen Ingenieuren und Monteuren im Donez-Gebiet unter der Beschuldigung, im Auftrage einer fremden Macht die dortigen Industrieanlagen systematisch sabotiert zu haben, um sie möglichst unrentabel zu machen, ist eine reichlich dunkle und verdächtige Angelegenheit. Wäre Sowjet-Rußland ein Land mit demokratischen Grundrechten, ein Land, wo es eine freie öffentliche Meinung gibt, die sich in der Presse und sonstwie zu den amtlichen Behauptungen kritisch äußern darf, wäre es ein Land, wo die Justiz auch nur ein Minimum von Unabhängigkeit gegenüber der Staatsmacht genießen würde, dann brauchte man nicht dieser Affäre mit gründlichem Mißtrauen gegenüberzustehen. Da es in Rußland anders steht, ist dieses Mißtrauen reichlich vorhanden.

Die Sabotageanklage selbst klingt überaus phantastisch. In einem Lande, wo jeder zweite Mann ein Spießbürger ist, sollen sich deutsche Techniker mit Russen bündelweise verschworen haben, um die Industrieanlagen ihres Tätigkeitsbezirktes systematisch unrentabel zu gestalten und im Kriegsfall sogar zu zerstören? Solange diese Anklage nicht bewiesen ist, wird außerhalb Rußlands jedermann sie für eine Räubergeschichte halten.

Rehnen wir übrigens den fast undenkbaren Fall, die Anklagen wären begründet: Welch ein vernichtendes Urteil würde damit die Sowjetregierung über die Zustände im eigenen Lande gefällt haben! Man stelle sich vor, eine ähnliche Beschuldigung würde gegen im Ruhrgebiet tätige englische oder französische Ingenieure erhoben werden. Welch schallendes Gelächter würde unter den deutschen Arbeitern ausbrechen: jahrelang würden also ein paar Ingenieure und Monteure absichtlich die Produktivität der Anlagen durch falsche Anordnungen, durch verkehrte Maßnahmen, durch heimliche Maschinenbeschädigungen verringert haben — und kein deutscher Arbeiter, kein deutscher Werkmeister, kein deutscher Techniker sollte es gemerkt und gemeldet haben? Indem die Sowjetregierung diesen Tatbestand für das Donez-Gebiet unterstellt, behauptet sie, daß die russischen Arbeiter und Techniker entweder samt und sonders im Bunde mit den Verschwörern oder vollendete Trottel sind. Sucht man nach einer plausiblen Erklärung für dieses

neue Stück aus dem sowjetrussischen Tollhaus, so wäre die nächstliegende die, daß man Sündenböcke für das totale Versagen des russischen Industriepianos braucht, um die Aufmerksamkeit der russischen Arbeiter von den Sünden und der Unfähigkeit der eigenen Regierung abzulenken?

Das Donezgebiet ist das Renommiergebiet der russischen Industrie. Mit seinen glänzenden, steigenden Produktionszahlen hat man jahrelang vor den eigenen Arbeitern und vor dem Ausland geprahlt. Man hat gewaltige Summen darin investiert, neue Maschinen im Ausland gekauft und zahlreiche Techniker herbeigeholt, um die Produktion zu steigern. Jetzt aber, wo diese Renommee nicht mehr wirkt, wo die wirtschaftlichen Tatsachen höchst peinlicher Art sich nicht mehr verheimlichen lassen, jetzt braucht man eine Erklärung, eine Entschuldigung, eine Ausrede — sowohl gegenüber den eigenen Anhängern, wie auch gegenüber den streikenden Bauern und nicht zuletzt gegenüber der trotzkistischen Opposition. Und diese Ausrede lautet: Ausländische Sabotage, Verschwörung der Ingenieure und Techniker im Dienste der Konterrevolution.

Nichts fehlt zu der in solchen Fällen üblichen Mache: Schon werden die Arbeiterkonditionen inszeniert, in denen die Todesstrafe für die Verschwörer geordert wird usw.

Es ist ein sehr gewagtes Spiel, das die Sowjetleute hiermit treiben. Wer wird noch nach Rußland als Techniker zu fahren wagen, wer wird noch in Rußland Kapital investieren, wo die Gefahr offensichtlich ist, daß man jederzeit als Sündenbock für die wirtschaftliche Unfähigkeit der Sowjetrussen seine Freiheit oder sogar sein Leben einbüßen kann?

Ueberall „Verräter“!

Moskau, 13. März. (Ost-Expres.)

Die Sowjetpresse beschäftigt sich weiter mit der Entdeckung der gegenrevolutionären Organisation im Donezbecken. Das Organ des Obersten Volkswirtschaftsrats, die „Org. Prom. Goseta“, führt eine scharfe Sprache und erklärt, es sei sehr wahrscheinlich, daß auch in anderen Wirtschaftsgebieten und Industriezweigen „Herde des Verrats“ vorhanden sind. Die Sowjetregierung müsse alle feindlichen Elemente unter den Ingenieuren erbarmungslos vernichten.

Die Bezirksregulativ von Wologda hat die Dorffowjets von Werssajewsk, Komenki und Wlisskotschelski aufgelöst und ihre Mitglieder dem Gericht übergeben. Der Anklage zufolge standen die genannten Dorffowjets vollständig unter dem Einfluß des sowjetfeindlichen Großbauernums, welches diesen Einfluß benutzte, um den staatlichen Getreidebestellungen entgegenzuarbeiten. Unpfehlich soll auch die Dorfgewaltigkeit dabei die Hand im Spiel gehabt haben.

Um die Krisenfürsorge.

Keine Scheinmaßnahmen, sondern umfassende Hilfe!

Durch den parlamentarischen Druck der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist erreicht worden, daß das Reichsarbeitsministerium endlich in Erwägungen über die Neuregelung der Krisenfürsorge eingetreten ist. Man sinnt der Lösung des Preisräufels noch, wie eine Krisenfürsorge zu machen ist, die nichts kostet. Die Regierung des Bürgerblocks braucht ihr Geld für andere Zwecke dringender. Was bleibt da weiter übrig, als bei den Empfängern von Krisenunterstützung zu sparen? Diese Einsparung macht sich den Arbeitgebern auch insofern bezahlt, als sie die hungern-den Arbeitslosen zu stärkerem Lohndruck zwingt.

Der Reichsarbeitsminister kann nicht bestritten, daß er nach den Vorschriften des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung verpflichtet ist, die Krisenfürsorge fortzuführen. Das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung schreibt ihm das für Zeiten, in denen die Lage des Arbeitsmarktes andauernd besonders ungünstig ist, zwingend vor. Selbst der findigste Mann im Reichsarbeitsministerium kann nun nicht bestritten daß diese Voraussetzung heute in weit höherem Maße vorliegt als zu jenem Zeitpunkt, an dem der Reichsarbeitsminister seine Anordnung über die Einführung der Krisenunterstützung erließ. Zu jenem Zeitpunkt hatten wir, nach den Feststellungen, die vor einigen Tagen im „Reichsarbeitsblatt“ getroffen wurden, den im Jahre 1927 überhaupt erreichten tiefsten Stand an Arbeitsuchenden, nämlich 867 357. Der Reichsarbeitsminister hat dennoch mit Recht gerade im damaligen Zeitpunkt die Notwendigkeit der Einführung der Krisenfürsorge anerkannt. Was wird demgegenüber im gleichen „Reichsarbeitsblatt“ für den heutigen Zeitpunkt festgestellt? „Nach den endgültigen Ergebnissen der Monatsstatistik der Arbeitsnachweise betrug die Zahl der verfügbaren Arbeitsuchenden Ende Januar 1928 2 012 212 Personen gegenüber 1 926 012 Ende Dezember 1927.“ Von Ende Dezember bis Ende Januar ist also ein erheblicher Zugang zu verzeichnen. An dieser traurigen Lage des Arbeitsmarktes hat sich auch jetzt nichts Entscheidendes gebessert. Es ist klar, daß angesichts dieser Tatsache auch der Reichsarbeitsminister die Notwendigkeit einer Fortführung der Krisenfürsorge zugeben muß.

Das Reichsarbeitsministerium findet Trost in den Vorschriften des Gesetzes, wonach die Zulassung auf bestimmte Berufe oder Bezirke und ebenso auch die Dauer der Unterstützung beschränkt werden kann.

Die sozialdemokratische Interpellation macht mit allem Nachdruck darauf aufmerksam, daß gerade in diesen Vorschriften jetzt schon die entscheidenden Mängel der gegenwärtigen Krisenfürsorge begründet sind. Viele Zehntausende gehen jetzt schon regelmäßig infolge dieser Vorschriften ihrer Unterstützung verlustig. Kennzeichnend für die großen Mängel der gegenwärtigen Regelung sind die Feststellungen, die der neueste Bericht über den Arbeitsmarkt im „Reichsarbeitsblatt“ Nr. 7 bringt. Es heißt da:

„Da zwischen dem 15. Januar und dem 15. Februar 1928 24 000 Personen aus der Arbeitslosenversicherung ausgesteuert worden sind, aber die Zahl der Krisenunterstützten, die infolge Erhöhung des Anspruchs auf Arbeitslosenunterstützung sich in der Krisenunterstützung befinden, von 84 000 am 15. Januar auf 68 000 am 15. Februar sich verringert hat, so ist daraus zu schließen, daß insgesamt seit dem 15. Januar 1928 etwa 45 000 Personen, die in den letzten Monaten aus der Arbeitslosenversicherung ausgesteuert wurden, sich nicht bzw. nicht mehr in Unterstützung befinden.“ Wie viele von diesen Arbeit gefunden haben oder in die Wohlfahrtspflege übernommen werden mußten, ist unbekannt.“

Diese Formulierungen sind schon vorfichtig gefaßt, sie zeigen dennoch mit aller Deutlichkeit, wie infolge der jetzigen Mängel im Arbeitslosenschutz die Zahl der Unterstützungsempfänger vermindert wird, ohne daß ihnen angemessene Arbeitsgelegenheit nachgewiesen werden kann. Soll dieses Elend durch eine weitere Verschlechterung der Krisenfürsorge vergrößert werden?

Eine befriedigende Regelung ist nur durch Annahme und Durchführung der sozialdemokratischen Vorschläge zu erreichen. Angesichts einer weit schlechteren Arbeitsmarktlage, als wie sie bei Erlass der jetzigen Anordnung über Einführung der Krisenunterstützung bestand, ist es unbedingt erforderlich, sowohl den Kreis der Anspruchsberechtigten auf alle Berufsgruppen auszudehnen wie die Dauer der Unterstützung für die ganze Zeit der Arbeitslosigkeit und in der gleichen Höhe, wie sie die versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung vorseht, zuzulassen. Das muß auch für alle Arbeitslosen gelten, die nur eine versicherungspflichtige Beschäftigung von 13 Wochen nachweisen können. Wird die gegenwärtige Höchstbezugsdauer in der Krisenfürsorge beibehalten, dann scheiden trotz Verlängerung der Krisenfürsorge annähernd 40 000 Hauptunterstützungsempfänger aus. Diese Zahl wird durch das Aufhören der Schutzvorschriften in den Uebergangsbestimmungen um weitere Zehn-

Konflikt im Kabinett Poincaré.

Um die Freilassung der Kommunisten.

Paris, 13. März (Eigenbericht).

Innerhalb des französischen Kabinetts droht es unmittelbar vor dem für Sonnabend zu erwartenden Schluß der Legislaturperiode zu einem scharfen Konflikt zu kommen. Wie seinerzeit gemeldet, hat Poincaré im Januar die Kammer durch das Pressionsmittel der Vertrauensfrage gezwungen, die parlamentarische Immunität einiger kommunistischer Abgeordneter aufzuheben, die seitdem zur Verbüßung der ihnen wegen politischer Vergehen zudiktirten Strafe im Gefängnis sitzen. Die Linksparteien haben im Hinblick auf die bevorstehenden Neuwahlen ihre Freilassung gefordert. Herriot hat diese bereits vor vier Wochen in einer Wählerversammlung in Lyon angetündigt. Poincaré und die Mehrheit des Ministerrats haben sich dem jedoch erneut widersetzt. Herriot und der Landwirtschaftsminister Duvallois, denen Poincaré bereits im Januar die formelle Zulage gegeben haben soll, daß die verhafteten kommunistischen Abgeordneten Gelegenheit erhalten sollen, am Wahlkampf teilzunehmen, haben in der letzten Sitzung des Ministerrats mit ihren Rücktritt gedroht, falls dieses Versprechen nicht eingelöst werden sollte. Die Frage

ist daraufhin auf den am kommenden Donnerstag stattfindenden Ministerrat vertagt worden.

Ein zweiter Konflikt droht wegen der von sämtlichen Linksparteien geforderten Aufhebung des Ausnahmegesetzes des Jahres 1894, auf Grund dessen das Ministerium Poincaré bisher seinen antikommunistischen Feldzug geführt hat. Auch hier sind die radikalsten Minister an die im Wahlkampf des Jahres 1927 gegebenen Versprechungen gebunden, während die Mehrheit des Kabinetts von ihrer Aufhebung nichts wissen will. In den linksparlamentarischen Kreisen gewinnt man mehr und mehr den Eindruck, daß die unsinnige Repressionspolitik, die das Ministerium Poincaré gegen die Kommunisten verfolgt, ein gegen Links, und

vor allem gegen die Sozialisten gerichtetes Wahlmanöver

ist. Tatsächlich können sich die französischen Kommunisten keine bessere Wahlpropaganda wünschen, als sie augenblicklich für sie von der französischen Regierung gemacht wird, der es offensichtlich darum zu tun ist, möglichst viele sozialistische Wähler in das kommunistische Lager zu treiben, wo sie dank ihrer geschickten Wahlmanöver der Reaktion weit weniger gefährlich sind.

taufen die erhöht, wenn nicht die von der Sozialdemokratie geforderten Maßnahmen getroffen werden.
Der Reichsarbeitsminister weiß, was die Not der Stunde fordert, dann ist es Pflicht des Reichstages, allen Verschleppungsmanövern entgegenzutreten und dem Reichsarbeitsminister klare und bestimmte Weisungen zu geben.

Der Kampf um die Scholle.

Die „Kreuzzeitung“ bemüht sich, die Landbundsbege durch Aufträge zu unterstützen, die dem Rufe dieser Zeitung Ehre machen. In ihrem neuesten Produkt finden wir folgenden Satz:

„Schon die Inflation hat der Sozialdemokratie außerordentliche Dienste geleistet.“

Künftig bei der Sozialisierung. Nun, die Inflationsopfer müssen recht gut, wer an der Inflation verdient hat, und daß die verurteilte Schwerindustrie alles andere ist als ein Stück Sozialismus. Mit dieser lächerlichen Behauptung wird das konservative Organ keine politischen Geschäfte machen.

Ihre Versuche, die Bayern gegen die Preußenregierung aufzuheben, zeugen von gleicher Wahrheitsliebe. Das Blatt zitiert die folgende Landbundsparole:

„Wir werden bis zum letzten Atemzuge unser Eigentum schützen und niemals zugeben, daß unsere Söhne und Töchter des Rechts an der angestammten Scholle beraubt werden.“

Wer beraubt die Bauernhöfe des Rechts an der angestammten Scholle? Hat die „Kreuzzeitung“ an Herrn v. Reudell gedacht, der einen Bauernhof von 600 Morgen im Odenbruch aufgekauft hat, um ihn seinem Großgrundbesitz einzuverleiben?

Wem nützt die Reichsamnestie?

Die Länder gegen Begnadigung der Erzberger- und der Fememörder.

Der vom Rechtsausschuß zur Beratung des Amnestiegesetzes eingesetzte Unterausschuß nahm heute die Erklärungen der Regierungsvorleiter zu einer Amnestievorlage entgegen. Nach einer Zusammenfassung des Reichsjustizministeriums befinden sich auf Grund von Urteilen von Gerichten des Reichs noch 224 Personen im Zuchthaus oder im Gefängnis, unter ihnen, außer den Kommunisten, zwei wegen Brüche zur Ermordung Rathenows und fünf wegen Fememord verurteilte. Die Einstellung schwebender Verfahren würde die Prozesse gegen die Mitglieder der Zentrale der SPD. und gegen 50 ins Ausland geflüchtete Personen erleichtern.

Nachdem alle Vertreter der einzelnen Länder erklärt, daß eine Amnestie, die sich auf Urteile erstreckt, die von Landesgerichten gefällt seien, eine Verletzung der Justizhoheit des einzelnen Freistaats bedeuten würde. Gegen eine neue Amnestie sprachen sich überhaupt aus: Preußen, Württemberg, Thüringen, Baden, Hessen, Mecklenburg-Schwerin. Besonders energisch erhob gegen eine neue Amnestie der badische Vertreter Einspruch, da dann auch die Erzberger-Mörder freigelassen werden müßten und Mecklenburg-Schwerin, weil dort acht Fälle von Fememord von der Amnestie betroffen werden.

Die einzelnen Länder gaben ferner zahlenmäßige Uebersichten über die bei ihnen teils schon abgeurteilten, teils noch schwebenden Fälle, in denen es sich um politische Vergehen oder Verbrechen handelte.

Der Unterausschuß beschloß abzuern, die Mitteilungen der Landesvertreter dem Rechtsausschuß vorzulegen und diesem die Entscheidung vorzubehalten.

Gerichte Dr. Rosenfeld richtete an den Reichsjustizminister das Ersuchen, dafür zu sorgen, daß während des Schwebens der Verhandlungen über das Amnestiegesetz Vollstreckungen auf Grund der Urteile unterbleiben, welche durch Amnestiegesetz beseitigt werden würden. Justizminister Hergt sagte zu, in den Fällen, in denen nicht gerade ein heimliches Sündenbekenntnis von der Strafverfolgung vorliege, dem Wunsche unseres Genossen zu entsprechen.

Preußen und das Notprogramm.

Der Enqueteausschuß geht über preussische Vorschläge hinaus.

Der preussische Landwirtschaftsminister hat am 23. Februar d. J. für die Durchführung des Arbeitsprogramms der Reichsregierung zur Förderung der Landwirtschaft Vorschläge gemacht, die sich u. a. auch mit der Schaffung einer besonderen Aufnahmeorganisation für nicht mehr erlittenfähige landwirtschaftliche Großbetriebe und mit den Aufgabenstellungen einer derartigen Organisation befassen. Auf diese Ausführungen hat ein Teil der Tagespresse mit schweren Ausfällen kommentiert.

Jetzt stellt der Amtliche Preussische Pressedienst fest, daß in dem von dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft an den Präsidenten des Reichstags übermittelten Bericht des Enqueteausschusses für Landwirtschaft des Enqueteausschusses über die Verschuldungsverhältnisse der deutschen Landwirtschaft als eine der Aufgaben der Aufnahmeorganisation die Abtretung der angekauften Güter an den Domänen- und Forstfiskus bezeichnet ist. Während also der preussische Landwirtschaftsminister in seinen Vorschlägen die Abtretung an die öffentliche Hand nur für den äußersten Notfall durchgeföhrt wissen wollte, stellt der Bericht diese Aufgabe den übrigen darin bezeichneten Aufgaben gleich, geht also erheblich weiter als der preussische Landwirtschaftsminister. Dabei hat der Bericht, wie es scheint, auch die Zustimmung der Vertreter der Landwirtschaft im Unterausschuß gefunden.

Prozeß Becher verlag.

Am 15. d. M. sollte vor dem Reichsgericht in Leipzig die Hauptverhandlung gegen den kommunistischen Dichter Johann Becher beginnen. Der Termin ist vorläufig auf unbestimmte Zeit verlagert worden.

Innenminister Stresemann ist Dienstag nachmittag in Berlin eingetroffen. Litwinoff und Lunatschik trafen am Dienstag in Genf zur Vorprüfungskonferenz ein.

Albert Thomas, Direktor des Internationalen Arbeitsamts, Genf, spricht auf dem Carnegie-Vortrag der Deutschen Hochschule für Politik am Freitag, dem 16. und Sonnabend, dem 17. März 1925, 9. Uhr, über „Deutschland in den Augen eines französischen Freundes 1898-1925“. Karten in beschränkter Anzahl im Sekretariat der Hochschule, Berlin W 56, Schinkelplatz 6.

1300 mexikanische Auffälligkeiten haben sich im Staat Kaparru bedingungslos ergeben.

Neue Akten zum Hitler-Putsch.

Judenverhaftungen. — Justizkatastrophe. — Warum Hitler vorprellte.

München, 13. März.

Der Untersuchungsausschuß des Bayerischen Landtags trat am Dienstag nach fast dreimonatiger Unterbrechung wieder zusammen, um die auf Grund neuen Aktenmaterials notwendig gewordene Ergänzung des Referats des Richterspräsidenten, Genossen Dr. Hoegner, entgegenzunehmen.

Die Geiselnverhaftungen.

Die neuen Akten enthalten zunächst eine allerdings noch lückenhafte Darstellung der Schicksale der am 8./9. November 1923 verhafteten jüdischen Geiseln. Der erste Jude, der den Nationalsozialisten in die Hände fiel, war der Fabrikbesitzer Dr. Ludwig Wassermann, der einer Einladung des Bayerischen Industriellenverbandes zufolge in die Rahr-Versammlung im Bürgerbräukeller gekommen war. Er wurde am Schluß der Versammlung verhaftet und in ein besonderes Zimmer verbracht und darauf aufmerksam gemacht, daß er beim geringsten Flußverdacht erschossen würde. Später wurde ihm erklärt,

daß er am nächsten Tage am Marienplatz aufgehängt werde.

Im Laufe des Vormittags des 9. November wurde auf Befehl des Hauptmanns Desterreicher, der sich darüber beschwerte, daß nichts geschehe und daß alles so schlapp sei, eine Reihe von Geiseln in ihren Wohnungen zum Teil unter Gewaltdrohung, Abwehren von Schüssen, verhaftet und in den Bürgerbräukeller geschafft. Die Verhaftungen dienten teils der Befriedigung persönlicher Rachegefühle, teils wurden sie ganz wahllos durchgeführt. So wurde ein Maschinenkünstler deshalb festgenommen, weil er im April vorher in eine Kauferei mit Nationalsozialisten verwickelt war. Er sollte nach der Ausrufung eines Offiziers sofort erschossen werden. Da erklärte jedoch der berüchtigte Hauptmann Göhring: „Das Recht zum Erschießen haben wir noch nicht!“ Ein Lehrer Wagner wurde verhaftet, weil bei den dem Landtagsabgeordneten Auer von Hitlerleuten abgenommenen Akten eine Mitteilung enthalten war,

daß dem Wallner von dem nationalsozialistischen Architekten Schneider 200 000 Mark für die Ermordung Auers angeboten worden sind.

Wallner wurde nach seiner Verhaftung bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen.

Das Kellerkorps Wedde hatte in einem jüdischen Kleidergeschäft 76 Brecheschrauben im Werte von 1000 Mark und in einem Juweliergeschäft eine große Zahl Sturmmühen requiriert. In all diesen Fällen hat die bayerische Justiz von der Einleitung eines Strafverfahrens gegen die Beteiligten abgesehen.

In dem Verhaftungsmando tat sich u. a.

auch der Sohn des früheren deutschnationalen Justizministers Dr. Roth

hervor. Der junge Roth bemächtigte sich mit noch einem Komplizen eines Kraftwagens und zwang den Führer, sie auf der Suche nach Juden in der Stadt herumzuführen.

Die Polizei verhielt sich bei alledem neutral. In einem Falle zogen die zur Hilfe herbeigerufenen Schuppleute wieder ab mit dem Bemerkten, daß sie sich in eine politische Sache nicht einmischen wollten.

Nach den vorliegenden Akten, die aber nicht vollständig sind, sind etwa 24 jüdische Staatsbürger, darunter ein Bier- und Fleischhändler, in den Bürgerbräukeller als Geiseln geschleppt worden.

Dort untersuchte der spätere Justizminister Dr. Roth eine Geiselngruppe eigenhändig nach Waffen.

Den Geiseln wurde verboten zu rauchen und zu sprechen. Einer der Wächter nahm ständig eine sehr drohende Haltung ein, die Schlimmes befürchten ließ. Als die Vernehmung schon bernam, erhob ein Nationalsozialist vor den in einem Raum zusammengepackten Juden sein Gewehr, kommandierte „Stillgestanden!“ und legte auf die Gefangenen an.

Das Verlagen der Justiz.

In diesem Falle wie in anderen wurde die Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt. Bergelich hat der Staats-

anwalt gegen die Nichteröffnung des Hauptverfahrens Beschwerde eingelegt und dabei erklärt, daß dieses Zusammenlagern von Geiseln gerade von den politischen Kreisen, denen die Beschuldigten angehören, während der Rätezeit oft und laut als brutale Gewalt gebrandmarkt worden sei. Der Staatsanwalt betonte in seiner Beschwerde, daß die Räterepublikaner wegen der Geiselnangennahme zur Rechenschaft gezogen worden sind. Das Gericht erwartete jedoch die Beschwerde am 8. Oktober 1924, weil nach seiner Meinung die Angeklagten nicht das Bewußtsein hatten, unbesorgt oder widerrechtlich zu handeln!

Die übrigen Akten betreffen etwa 120 Fälle, bei denen das Strafverfahren vom Staatsanwalt fast immer mit der stereotypen Wendung eingestellt wurde: „Es kann nicht nachgewiesen werden, daß der Beschuldigte vom Putschplan Kenntnis gehabt hat, im übrigen ist seine Tätigkeit von so untergeordneter Bedeutung, daß ihm das Bewußtsein kaum nachgewiesen werden kann, ein hochverräterisches Unternehmen unterstützt zu haben.“ Dabei handelt es sich um Leute, die nachgewiesenermaßen an der Vorbereitung des Hitlerunternehmens tätigen Anteil hatten, die Truppen organisierten und bewaffneten, Waffendepots der staatlichen Macht ausräubten und an der Spitze von bewaffneten Haufen staatliche Gebäude besetzten und bewachten.

Auf die Haltung der Landespolizei beim Putsch wird durch Aussagen zweier Brüder ein merkwürdiges Licht geworfen. Polizeioberst von Seifner hat im Bürgerbräukeller zu einem der beiden, der ihm zu seiner neuen Würde des Reichspolizeiministers gratulierte, gesagt: „Ach danke Ihnen. Gott sei Dank, daß es soweit ist!“ Polizeioberst Panzer hat in seiner Begeisterung über den Putsch im Bürgerbräukeller einen Sturmtruppenführer mit dem Arm umschlungen und erklärt: „Endlich sind wir beisammen!“

Hitler contra Rahr-Pittinger.

Eigenartige Aufschlüsse über die Absichten der Nationalsozialisten im September 1923 gibt noch der Bericht des früher völkischen, jetzt deutschnationalen Landtagsabgeordneten Dr. Treuberg, in dem ein Brief an Dr. Glaser enthalten ist. Darin wird die Befürchtung der Kompartenbände ausgesprochen, daß ihnen die separatistische Putschaktion der Rahr-Pittinger zuzukommen gedenke. „Wir müßten“, so heißt es wörtlich, „die verbrecherischen Costrennungsbestrebungen Pittingers öffentlich brandmarken und nicht nur die roten Nazi verhaften und jüdischen lassen und gegen sie ein Verfahren wegen Hochverrats einleiten. Selbst Leute wie Hellgrath (der letzte königlich-bayerische Kriegsminister) müßten vor ein Gericht gestellt werden, auch wenn es nur eine Farce wäre.“

Trauberg schildert dann weiter, aus welchen Männern die neue Regierung bestehen sollte und bezeichnet dabei als geeigneten Justizminister jenen Staatsanwalt, der sich bereits 1922 als Hitlerfreund erklärte und als Leiter der Festung Nieder-Schönenfeld seine Kraft gegen die Rätegefangenen bewiesen hat. Es handelt sich also um jenen berüchtigten Augsburger Staatsanwalt Kraus, der die im Fememord Hartung Verhafteten eigenmächtig freigelassen hatte. Wären diese Tatsachen dem Gemeinwohl des Reichstages bei seiner Tagung in München bereits bekannt gewesen, so hätten sie zweifellos die damaligen Verhandlungen des Ausschusses wesentlich beeinflusst.

Seinem Brief hat Graf Treuberg noch eine interessante Nachschrift gegeben, in der man davon Kenntnis erhält, daß der Hauptaktionär der „Münchener Neuesten Nachrichten“, Konrad Scharrer, durch den Kabinetschef des Kronprinzen Rupprecht für die Parzellierung der Bayerischen Volkspartei um eine Milliarde angepömpft worden ist.

Im Anschluß an diesen Ergänzungsbericht des Hrn. Dr. Hoegner wurde auf Wunsch des völkischen Mitgliedes des Ausschusses jener Beschluß des Staatsanwalts vorlesen, mit dem seinerzeit das Hochverratsverfahren gegen Rahr, Bollow und Seifner eingestellt worden ist. Aus diesem Beschluß ergibt sich mit aller Deutlichkeit, daß der Staatsanwalt unter Hochverrat nur den Marsch nach Berlin verstanden wissen wollte. Schließlich wurde ein Brief des bayerischen Gesandten in Berlin, v. Preger, vorlesen, in dem er unter Dienstleid leugnet, jemals in der Richtung eines Direktoriums tätig gewesen zu sein.

Der Untersuchungsausschuß will noch in dieser Woche seine Tätigkeit beenden. Zunächst wird aber in einer öffentlichen Sitzung die Art und Weise der Geschäftsdispositionen besprochen werden.

Hochschulen und Monarchie.

Monarchistische Propaganda der Professoren wird wieder geduldet!

Der Strafrechtslehrer an der Breslauer Universität Helfrich hatte am 27. Januar in der deutschnationalen „Schlesischen Zeitung“ einen Artikel vom Stapel gelassen, in dem es u. a. heißt:

„Wer sich ein klares Urteil und den Sinn für Gerechtigkeit bewahrt hat, denkt warmen Herzens und voll innerer Anteilnahme seines ehemaligen obersten Kriegsherrn, seines Kaisers und Königs. . . Die irrenutliche Revolution sucht nachträglich nach Entschuldigungsgründen. Die Lauen und Urteilslosen glauben das, was ihnen eine strupellose Lintspresse vermittelt. . .“

Kultusminister Dr. Becker hat die Pöbeleien des monarchistischen Professors gegen die Republik nicht stillschweigend hingenommen. Er hat ihm in einem Schreiben folgendes eröffnet:

„Der Artikel läßt in bezugswertiger Weise den Willen vermissen, den deutschen staatsrechtlichen Verhältnissen der Gegenwart die Wärme entgegenzubringen. Die bei einem beamteten Vertreter des Staatsrechts an einer preussischen Universität als unerlässlich betrachtet werden muß.“

Das preussische Staatsministerium hat am 24. Dezember 1923 darauf hingewiesen, daß von Beamten Mäßigung und vorläufige Zurückhaltung erwartet werden müsse. Mit einer solchen Auffassung ist ihr Verhalten nicht in Einklang zu bringen. Der Geist, der aus Ihren Ausführungen spricht, läßt Zweifel darüber aufkommen, daß Ihre Lehrfähigkeit die akademische Jugend mit Vertrauen zum gegenwärtigen Staate erfülle. Ich spreche Ihnen daher meine Mißbilligung aus und lege Wert darauf, zum Ausdruck zu bringen, daß die Staatsregierung gewillt ist, wie an allen Universitäten, so auch an der Universität Breslau, eine Unterweisung im Staatsrecht zu gewährleisten, die dem Leben und den Problemen des gegenwärtigen Staates unbedingt Rechnung trägt.“

Strafrechtslehrer Helfrich ist einer jener Professoren, die es mit ihrem Amt für vereinbar halten, gegen die Republik zu heben. Der Fall liegt nicht vereinzelt. Im Falle des Greifswalder Professors Bahlen, der die Reichsflagge vom Universitätsgebäude herunterriß, wurde auf Amnestiehebung erkannt. Nach dem vorliegenden Schreiben, das eine Warnung für alle Fronture sein sollte, darf man er-

warten, daß das Kultusministerium in Zukunft die hegerische Tätigkeit einzelner Hochschullehrer nicht mehr dulden wird.

Befristete Verleumder.

Was sich ein „nationaler“ Pfadfinder erlaubt.

In der Berufungskammer wurde am Dienstag vor der 3. Strafkammer des Landgerichts II eine Privatklage verhandelt, die der Landtagsabgeordnete Genosse Kuttner gegen den verantwortlichen Schriftleiter Oskar Krüger wegen eines Schmähartikels im „Deutschen Vorwärts“ angestrengt hatte. Der Artikel war dem Privatkläger in den gemeinsamen Ausdrücken u. a. Bergelich im Felde, gerissene Profitmacherei auf Kosten der Arbeiter und ähnliches vor. Der Vorderrichter der ersten Instanz hat befreundeterweise dem Angeklagten für den Artikel den Schutz des § 193 gebilligt und nur wegen formaler Beleidigung auf 200 M. Geldstrafe erkannt. Gegen dieses Urteil hatten beide Parteien Berufung eingelegt. Die Anwendung des § 193 hatte das erstinstanzliche Urteil damit begründet, daß es sich bei dem Schmäherguß angeblich um eine „Kritik künstlerischer und gewerblicher Leistungen“ des Privatklägers handelte.

Vor der Berufungskammer mußte der Angeklagte zugestehen, daß er selber wegen jugendlichen Alters nicht im Felde gewesen ist, er tat sich aber viel darauf zugute, als „Pfadfinder“ in Brüssel gewesen zu sein. Justizrat Berthauer wies als Vertreter des Klägers nach, daß es sich um einen politischen Schmähartikel des Angeklagten handelte, daß eine literarische Kritik nirgends erkennbar sei und daß eine Kritik „gewerblicher Leistungen“ des Privatklägers um so weniger in Frage komme, als der Kläger eine gewerbliche Tätigkeit noch nie ausgeübt habe. Das Gericht schloß sich diesen Darlegungen an und verkündete nach mehrstündiger Verhandlung und längerer Beratung ein Urteil, wonach dem Angeklagten der Schutz des § 193 verweigert wird. Der Artikel lasse in seiner Gesamtheit die Tendenz der Schmähung und Herabsetzung erkennen. Würde es sich um eine literarische Kritik handeln, so hätte der Artikel ganz anders gefaßt werden müssen. Von diesem Standpunkt ausgehend, erhöhte das Gericht die in der ersten Instanz erkannte Geldstrafe von 200 auf 400 M.

In Chile hat man wieder einmal eine Verleumdung aufgedeckt: der Gesundheitsminister und Expräsident Alessandri sollen beteiligt sein, sind aber beide in Europa. Alessandri Sohn ist unter den 40 Verhafteten.

Die Schlichtung.

Genosse Bissell über die Aufgaben der Schlichtungsbehörden im Wirtschaftskampf.

Ueber die Grundursachen der Wirtschaftskämpfe der letzten Zeit hielt gestern abend Genosse Bissell im Rundfunk einen Vortrag. Bissell sprach vor allem auf Grund seiner Erfahrungen als Schlichter. Er erinnerte zunächst an die schweren Wirtschaftskämpfe der letzten Zeit. Bis auf den schiffsischen Streit, der durch Verständigung beendet wurde, sind alle diese Kämpfe durch die Verbindlichkeitsklärung ergangener Schiedssprüche zum Abschluss gekommen. Eine Lohnerhöhung ist entweder möglich durch Beschneidung der Unternehmergewinne, oder durch Aufschlag auf die Preise. Die Arbeiter sagen, daß sie sich wenigstens zum Teil in sich selbst trage.

Bei gesteigerter Kaufkraft werde erhöhter Absatz eine Verbilligung der Produktionskosten bringen.

Die Lohnerhöhung werde auch ein Ansporn zur Rationalisierung sein. Darauf erwidern die Unternehmer: Die Rationalisierung erfordere viel Geld. Bei der deutschen Kapitalarmut müsse auf Kapitalneubildung besonderes Gewicht gelegt werden. Der konstante Teil des für die Produktion erforderlichen Kapitals sei ständig größer gewesen und entwerfe bei der sprunghaften Entwicklung der Technik sehr rasch. Also würden auch die Abschreibungen immer größer. Der Tatsache, daß eine Kapitalinvestition notwendig ist, verschließen sich auch die Gewerkschaften nicht, aber sie meinen, daß die Grenze der Lohnerhöhung nicht erreicht sei.

Die Schlichtungsbehörden wissen, daß

Zwangstarife nicht sind

und wenden die Verbindlichkeit nur ungern an. Aber, wenn sie sehen, welche schweren Rückwirkungen eintreten, müssen sie doch von den staatlichen Nachmitteln Gebrauch machen. Oft haben die Parteien schließlich selbst das Gefühl, daß nur auf diesem Wege eine Zurückführung zur realen Wirklichkeit möglich ist.

Da keine Partei mit ihrem Willen ganz durchkommt, spricht die eine oder die andere Seite von einem Versagen des Schlichtungsorgans. Versagt hat aber das Schlichtungsorgan nicht in der Erfüllung seiner Aufgaben, sondern nur in der vollen Erfüllung der Wünsche einer Partei. Wie schwer die Erfüllung dieser Wünsche ist, mag durch einen Hinweis auf Berlin dargetan werden.

Zu der Berliner Metallindustrie

besteht seit dem 1. Januar 1924 kein Lohnabkommen für die Facharbeiter und die Angelernten. Die Löhne dieser Gruppen sind natürlich nicht auf dem Niveau von 1923 stehen geblieben. Das hat bei der außerordentlich spezialisierten Metallindustrie und der weitverbreiteten Differenzierung ihrer einzelnen Zweige zu einer weitgehenden Differenzierung der Löhne geführt. Diese Differenzierung macht die Schaffung eines generellen Abkommens recht schwierig. Die Unternehmer sind zwar zu einem solchen bereit, sagen aber, daß sie sich im Rahmen des sonst in Deutschland üblichen halten müßten. Nachdem jedoch durch staatlichen Zwang für die mitteldeutsche Metallindustrie ein Lohn von 80 Pf. (wozu aber noch eine Leistungszulage kommt. Red. d. „Vorwärts“) für die höchste Gruppe festgesetzt sei, sei es ganz unumgänglich, darüber in je erheblichem Maße hinauszuweisen, daß etwa die tatsächlichen Durchschnittslöhne bereits tariflich festgelegt werden könnten. Angesichts der großen Aufspaltung der Löhne selbst einer großen Klasse von Arbeitern könne ein Tarifvertrag nur einen Mindestsatz für jede Gruppe festlegen. Dieser Mindestsatz erscheint wieder den Arbeitern zu gering und

so sehr von anderen Tariflöhnen abweichend,

daß sie glauben, ihm nicht zustimmen zu können. Noch eine andere Schwierigkeit liegt vor: Während in den tariflich gebundenen Spezialzweigen die Arbeitsweise einer einzelnen Arbeitnehmergruppe und damit diese Gruppe selbst relativ einheitlich ist, ist die gleiche Gruppe von Arbeitern in der gesamten Metallindustrie wieder ganz wesentlich ungleich und umfasst sowohl Arbeiter mit Arbeiten relativ einfacher Art wie solche, die oft eine geradezu künstlerische Fähigkeit benötigen. Ein Tarifabschluß mit niedrigeren Mindestlöhnen einer Gruppe erscheint bei wesentlich höheren Löhnen in einem Spezialzweig nach außen als Schwäche, obwohl sie gar nicht vorliegt. Auf diese niedrigen Löhne berufen sich bei neuen Tarifverhandlungen in einem Spezialzweig die Vertreter dieses Zweiges nur zu gern. Der einzelne Arbeiter fühlt sich zu sehr vom direkten Vorgesetzten abhängig und fragt vielfach über Unberechenbarkeit der Arbeitsrechnung. Das gilt auch von den Werkzeugmachern.

Das ist der Kern des Streites, der jetzt beendet hinter uns liegt. Die Schlichtungsbehörden fanden vor einer wahrlich nicht beneidenswerten Aufgabe. Sie mußten zur Erkenntnis kommen, daß selbst wenn für die Werkzeugmacher eine beiderseitig befriedigende Regelung gefunden werden könnte, damit eine dauernde Befriedigung der Metallindustrie nicht erreicht ist. Die Schlichtungsbehörden erkannten, daß eine dauernde Befriedigung

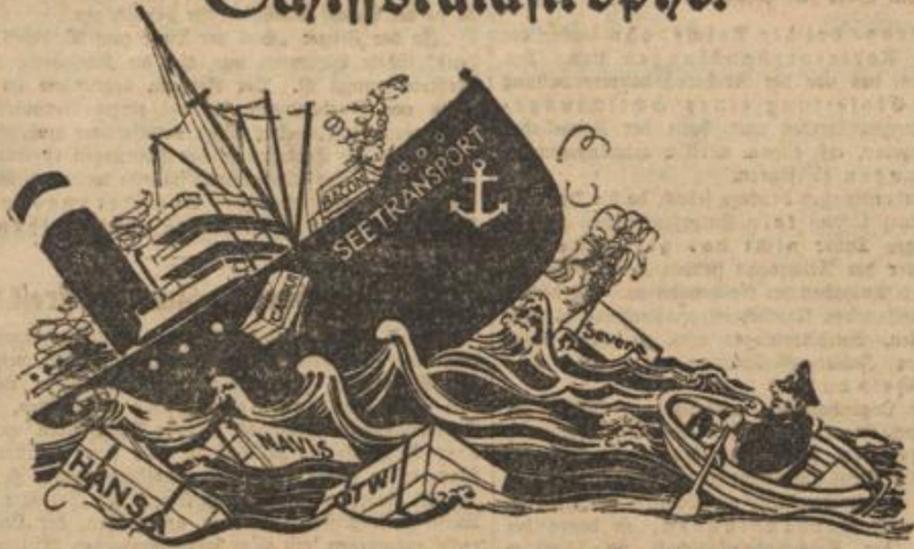
nur durch ein generelles Lohnabkommen

für die gesamten Facharbeiter und Angelernten erreicht werden könne, natürlich differenziert für jede Gruppe. Ein solches generelles Lohnabkommen hätte den Parteien selbstverständlich auch durch einen Schiedsspruch vorgezogen werden können. Das aber würde beim Fehlen der erforderlichen Vorarbeiten zeitraubende, unter Umständen noch andauernde Verhandlungen erfordern haben. Zudem handelt es sich um eine Arbeit, die bei der Sachlage der Parteien von ihnen viel besser geleistet werden kann als von der Schlichtungsstelle. Deshalb sieht die vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärte Regelung vom 10. März

eine Zwischenlösung

vor, deren Dauer für die wahrscheinlich von den Parteien für die Schaffung eines einheitlichen Vertragsmittels erforderliche Zeit gedacht ist. Sie verweist die Parteien auf einen klar vorgezeichneten Weg. Die Parteien werden auch sofort in Verhandlungen über ihren Gesamtlohntarif eintreten. Selbst wenn sich die Parteien über die Höhe einer Ziffer oder über eine Formulierang nicht einigen, so werden sie doch die Vorarbeit leisten, die einer später anzukommenden Schlichtungsbehörde die Arbeit wesentlich erleichtern wird. Es werde um Lebensfragen gegangen. Gewiß spielt auch das Materielle eine Rolle. Aber der Versuch der Hebung der Lebenslage der Arbeiter und damit ihre größere Anteilnahme an den Kulturgütern ist doch der Kern. Wir dürfen uns durch das manchmal so materiell erscheinende Gewand eines Kampfes nicht verblenden lassen, die tiefen Zusammenhänge zu vergessen.

Schiffskatastrophe.



Ein „Seetransport“ von vielen faulen Kisten ist verunglückt. Nur dem Kapitän Lohmann gelang es, sich in Sicherheit zu bringen.

Um die Arbeitszeit im Bergbau.

Die Zechenbesitzer wollen sie noch verlängern.

Essen, 13. März. (Eigenbericht.)

Im Verwaltungsgebäude des Zechenverbandes in Essen fanden am Dienstag, dem 13. März, die ersten Verhandlungen über die Neuregelung der Arbeitszeit statt. Die Arbeitnehmervertreter stützten die Begründung ihrer Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit mit dem Hinweis auf die Bedingungen, die seinerzeit zur Schaffung des Mehrarbeitsabkommens gedient hatten (völliges Darüberliegen der Wirtschaft), die aber heute in keiner Weise mehr beständen. Die Entwicklung sowohl in der Wirtschaft im allgemeinen wie im Bergbau im besonderen rechtfertige deshalb das Verlangen auf Verkürzung der im Tarifvertrag festgesetzten Arbeitszeit für den Ruhrbergbau, d. h.

7 Stunden unter Tage.

Die Vertreter des Zechenverbandes verwiesen darauf, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 7 Stunden unter Tage und auf 8 Stunden über Tage eine Mehrbelastung bedeute von 2 bis 3 R. pro Tonne Kohle. Es wäre im Gegenteil eine unbedingte freie Ausnutzungsmöglichkeit der bestehenden Arbeitszeit für den Bergbau notwendig. Man sehe sich deshalb gezwungen, zu einer diesbezüglichen Neuregelung folgende Anträge zu stellen: 1. Verhören einer 8 1/2 stündigen Schichtzeit unter Tage bei größerer Betriebsstilllegung in Ausnahmefällen. In Fällen besonders wirtschaftlicher Notlage kann im Einverständnis mit der Betriebsvertretung die Schichtdauer für die unter Tage arbeitende Arbeiterschaft auf 8 1/2 stündig ausgedehnt werden, besonders dann, wenn diese Maßnahme nach gutachtlicher Beurteilung des zuständigen Bergbauverordnungsamts dazu beiträgt, die Stilllegung der Schachtanlage zu verhindern. Da die Maßnahme der Produktionsverbilligung dienen soll, erfolgt

keine besondere Bezahlung der über die achtstündige Unter- tageschicht hinausgehenden halben Stunde!

2. Zeitweises Verfahren von Ueber- und Nebenschichten aus dringenden Gründen des Gemeinwohlens. Die in den Paragraphen 7 und 9 der Arbeitszeitverordnung vom 14. April 1927 umschriebenen dringenden Gründe des Gemeinwohlens sind als vorliegend anzuerkennen angesichts der Notwendigkeit, im Interesse einer Besserung der Außenhandelsbilanz und stark wachsender und vielfach plötzlich auftretender Anforderungen, besonders auch in bestimmten Kohlengebieten auf dem Markt des besetzten Gebiets nachkommen zu können, ohne gleichzeitig die Versorgung des Inlandes hintergehen zu müssen. Ausgehend davon, daß diesen schwankenden Abgabeverhältnissen durch die zeitweise

Einlegung von Ueber- und Nebenschichten

Rechnung getragen werden kann, wird diesbezüglich folgendes bestimmt: „Die einzelne Zechenverwaltung ist berechtigt, sofern die vorgezeichneten Voraussetzungen dafür vorliegen, monatlich bis zu vier halbe Ueber- und Nebenschichten bzw. bis zu zwei volle Nebenschichten (gerechnet auf die einzelne Schicht, das heißt also Morgen- bzw. Mittagschicht) von der für diese Ueberarbeit erforderlichen Belegschaft oder einem Teil dieser Belegschaft im Einverständnis mit der

Betriebsvertretung verfahren zu lassen. Die Beteiligung des einzelnen Arbeiters soll dabei eine freiwillige sein. Die im § 9 der Arbeitszeitverordnung vom 14. April 1927 vorgesehene Genehmigung der durch diese Bestimmung zugelassenen Mehrarbeit soll für die Dauer dieses Mehrarbeitsabkommens beim preussischen Oberbergamt in Dortmund nachgesucht werden.

Die Arbeitnehmervertreter erklärten, daß sie diese Anträge nicht als ernst nehmen könnten, da sie in Wirklichkeit

eine Arbeitszeitverlängerung bedeuten.

Die Zechenvertreter betonten, daß es ihnen durchaus ernst sei mit dieser Forderung, zumal das Verhalten der Ruhrbergarbeiter besonders in der zurückliegenden Zeit, z. B. während des englischen Streiks, darauf schließen lasse, daß sie für Leistung der Ueberarbeiten bereit seien. Da eine Einigung unter diesen Bedingungen nicht möglich war, wurden die Verhandlungen nach einer ausgedehnten ergebnislosen Diskussion zwischen den beiden Parteien auf Mittwoch, den 20. März 1928, vormittags 10 Uhr, vertagt.

Die unerschämten Forderungen der Zechenbesitzer haben in der ganzen Ruhrbergarbeiterchaft Empörung und Erregung hervorgerufen, sie müssen zu einer erheblichen Verschärfung der sozialpolitischen Lage im rheinisch-westfälischen Industriegebiet führen.

Beschlüsse der Maschinisten und Heizer.

Eine Vertreterkonferenz des Zentralsverbandes der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen beschäftigte sich am Sonntag in Essen mit den Arbeitszeit- und Lohnfragen des Ruhrbergbaues. Die Delegierten wollten mit allen Mitteln dafür eintreten, daß den Kameraden unter Tage eine angemessene Verkürzung der Arbeitszeit zuteil wird. Bezüglich der Arbeitszeit über Tage forderte eine einstimmig angenommene Entschließung, daß mit dem 1. Mai 1928 mindestens in den durchgehenden Betrieben die achtstündige Arbeitszeit eingeführt wird. Das gleiche wurde gefordert für die Arbeiter der Kesselanlagen und die der Nebengewinnung (Schmelzer, Schleudrer, Destillateure, Arbeiter an Gas- und Abgasmaschinen usw.) wegen ihrer gesundheitlichen Arbeit entsprechend den Beschlüssen des Reichswirtschaftsrats.

Diese Beschlüsse haben bis heute keine Beachtung gefunden. Dasselbe gilt für die Arbeiter der Gas- und Kraftzentralen. Wenn bei den Verhandlungen der Ruhrberggruppe für die Maschinisten der Gas- und Gebläsemaschinen der Achtstundentag in freier Vereinbarung zustande kommen konnte, dann muß das auch im Bergbau möglich sein. Diese Forderung ist doppelt berechtigt unter Berücksichtigung der regelmäßigen Sonntagspfortarbeit, der sechzehnstündigen Wechselzeit!

Sollte der Zechenverband trotzdem die berechtigten Forderungen der Maschinisten, Heizer und Berufsgenossen nicht anerkennen, dann soll die Organisation in Verbindung mit den Bergarbeiterverbänden alles daran setzen, um auch mit dem letzten Mittel des Kampfes diese Forderungen die notwendige Beachtung zu erzwingen.

Staat Südwest?

Stuttgart, 13. März. (Eigenbericht.)

Für einen südwestdeutschen Staat, d. h. wohl zunächst für eine Vereinigung von Baden, Württemberg und Hohenzollern, hat sich der Handels- und Industriebeirat der Zentrumsorganisationen von Baden und Württemberg auf einer in Pforzheim abgehaltenen Tagung ausgesprochen. Ob und in welchem Sinne dabei auch über die Pfalz verhandelt wurde, die eigentlich organisch dazu gehört, wird in dem ausgegebenen offiziellen Bericht nicht gesagt. Es heißt darin nur, daß die Tagung das Problem des südwestdeutschen Staates als „überaus ernst und wichtig“ bezeichnet, zugleich aber den Wunsch ausgesprochen habe, daß es vom Wahlkampf unbedingt ferngehalten werden solle. Die Grundzüge der Richtlinien der deutschen Zentrumspartei werden als maßgebend anerkannt. Die politische und wirtschaftliche Entwicklung erfordere jedoch gebieterisch, daß die südwestdeutschen Länder zu einem „organischen Staat“ verknüpft werden. Das Problem wird noch vom Handels- und Industriebeirat in einer Denkschrift eingehend behandelt werden. Er erwartet jedoch, daß sich der Gesetzgeber auf diesen Gedanken einstellt, weil sonst die Entwicklung — gefördert durch gewisse mächtige Faktoren — Wege nehmen könne, welche vom südwestdeutschen politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus gesehen, unter allen Umständen vermeiden werden müßten.

Es ist bemerkenswert, daß sich jetzt auch innerhalb der Zentrumspartei Auffassungen dieser Art mit solcher Bestimmtheit bemerkbar machen. Als diese Fragen in den sozialdemokrati-

schen Parteioptionen Badens und Württembergs während der Jahre 1919 und 1920 erörtert wurden, hat damals gerade die Presse der Zentrumspartei einen völlig absehbenden Standpunkt eingenommen.

Abrüstungsantrag der Arbeiterpartei.

London, 13. März.

Die Arbeiterpartei im Unterhaus wird am Donnerstag beim Parliaments den Antrag einbringen, auszusprechen, daß die nationale Sicherheit und daher der internationale Friede nur durch eine allgemeine und wesentliche Herabsetzung der Rüstungen zur See erreicht werden können. Die Regierung soll aufgefordert werden, Vorschläge zur Abschaffung der Dreadnoughts und der Unterseeboote sowie für Einschränkung der Kreuzergröße auf die für den Polizeischutz zur See gegebenen Grenzen zu machen.

Ja Albanien wird ein Bürgerliches Gesetzbuch eingeführt, das europäischen Vorbildern entspricht. So wird auch dort die Stammesverfassung abgebaut.

Der Einheitsverband der französischen Kriegsbeschädigten hat bei seiner Gründung durch Verknüpfung mehrerer Bünde eine energische Rundgebung für Volkserziehung, Ueberwindung des Schicksalserzwangs beschlossen. Geordert wird ferner Revision der Kriegsgerichtsverfahren, wobei Kriegsbeschädigte als Geschworene mitwirken sollen.

Das Geständnis der Mörderin.

Rasche Aufklärung der Mordtat in der Charlottenstraße. — Eine Affektthatung?

Der Berliner Kriminalpolizei ist es außerordentlich schnell gelungen, den Mord an der Frau Schüler in der Charlottenstraße aufzuklären. Wie bereits im größten Teil der gestrigen Abendausgabe mitgeteilt, ist die Mörderin eine 24 Jahre alte Kontoristin Erna Anthony, die bei ihren Eltern in der Rheinstraße zu Friedenau wohnt. Zwischen der Ausführung der Tat und dem Geständnis des Mädchens liegt nur ein Zeitraum von etwa 20 Stunden.

Während Erna Anthony noch auf dem Polizeipräsidium verhört wurde, waren zahlreiche Beamte unterwegs, um die Spuren zu verfolgen und alles Material heranzuschaffen. In der oberirdischen Wohnung wurden die Strümpfe die der Verhafteten am Montag getragen hat und im Geschäft ihr Mantel beschlagnahmt. Die Strümpfe waren bereits ausgewaschen, entflehten aber noch ebenso wie der Mantel Blutspuren. Prof. Dr. Strauch untersuchte Verletzungen an den Händen der Erna Anthony und stellte fest, daß sie ganz frisch waren und nicht schon zwei Tage alt sein konnten. Unter der Last des Beweismaterials erlitt die Verhaftete in den Nachmittagsstunden einen Nervenschock, ohne daß sie bis dahin ein Geständnis abgelegt hatte. Prof. Strauch stand ihr bei und nachdem sie sich wieder erholt hatte, nahmen die Kommissare in Gegenwart des Chefs der Kriminalpolizei, Regierungsdirektors Dr. Hagemann, und des Arztes das Verhör wieder auf. Es wurden ihr die Spuren am Mantel und an den Strümpfen und der Weg vorgehalten, der durch Blut gezeichnet war.

Nach langem inneren Ringen kam endlich das Geständnis, daß sie Frau Schüler im Affekt umgebracht habe.

Dann teilte die Verhaftete auch den Beweggrund und den schauerlichen Vorgang mit. Die Aufwartefrau Schüler die bei ihrem Eintritt in das Geschäft vor vier Jahren schon dort antrat, hatte von einem Liebesverhältnis erfahren, das sie zu einem verheirateten Manne unterhielt. Seitdem schwebte sie in ständiger Angst und Sorge, weil Frau Schüler ihr wiederholt drohte, daß sie diese Beziehungen offenbaren werde. Diese Drohungen hätten schon bald, nachdem Frau Schüler von dem Verhältnis Kenntnis erhalten hatte, eingeseht und nicht mehr angehört. Um die Frau zum Schweigen zu veranlassen, habe sie sie durch kleine Zusendungen auf ihre Seite zu bringen versucht und gehofft, sie für sich günstig erhalten zu können. Diese freiwilligen Zusendungen hätten dazu geführt, daß Frau Schüler sie schließlich verlangt habe. Das sei auch am Montagabend wieder der Fall gewesen.

Die Tat.

Die Aufwartefrau habe, während sie allein im Kontor gewesen sei, sich in der Kabine und am Ofen zu schaffen gemacht, um für den nächsten Tag parzubereiten, nachdem sie vorher von ihr, der Kontoristin, mit einigen Botengängen beschäftigt gewesen war. Am Begriff, das Haus zu verlassen, habe sie sich den Rabenschlüssel geben lassen müssen. Hierbei sei Frau Schüler wieder mit einer Forderung gekommen, abermals unter einer Drohung.

In gesteigelter Angst und Aufregung habe sie plötzlich ein ziemlich großes und spitzes Messer, das zum Kartonschneiden gebraucht wurde, aus einer Kiste herausgerissen. Blindlings habe sie damit der Frau, die vor ihr hockte, mehrere Schnitte versetzt.

Die Ueberfallene sowohl wie sie selbst seien dabei rückwärts getorrt und auf diese Weise mühten die Schnitte so lang geworden sein! wie sie festgestellt wurden. Daß die Stiche und Schnitte töd-

lich waren, habe sie nicht gemerkt. Gleich nachdem Frau Schüler zusammengebrochen, sei sie davon gelaufen. Auf dem Flur habe sie nun das Blut an ihren Händen, am Mantel und an den Strümpfen gesehen. In ihrer Angst habe sie versucht, es mit einem Rotenblatt, das sie in der Tasche hatte, nach Möglichkeit abzuwischen. Das blutbefleckte Rotenblatt habe sie gleich auf dem Hofe des Grundstücks Nr. 17 in den Müllkasten getan. Das Messer, das sie mitgenommen, habe sie auf dem Wege dorthin weggeworfen.

Von dem Hofe sei sie gleich wieder auf die Straße gerückt und habe eine Tasse genommen, um nicht zu spät nach Hause zu kommen. Hier habe sie sofort

Die Badestube aufgesucht und die Strümpfe ausgewaschen.

Beim Besuch zu Hause gemerkt sei, so habe sie länger aufbleiben müssen und erst gegen 11 Uhr zu Bett gehen können. Geschlafen habe sie die ganze Nacht nicht. Erst in den Morgenstunden sei sie etwas eingeschlummert. Beim Erwachen habe sie dann gehört, daß die Eltern und die jüngere Schwester den Zeitungsbereich über den Mord in der Charlottenstraße besprachen.

Sie kam mit etwas Verspätung ins Geschäft und wurde von der Nordkommission gleich in Empfang genommen.

Es wird nachzuprüfen sein, inwieweit die Angaben der Anthony über die Erpressungen der Frau Schüler der Wahrheit entsprechen. Für die Beurteilung der Tat ist es ferner von Wichtigkeit, zu ermitteln, ob Frau Schüler nach im Besitz von 10 M. Vorschuß gewesen ist, als sie ermordet wurde, oder ob sie sie im Laufe des Nachmittags bereits ausgegeben hatte. Nach Abschluß des Verhörs war die Kontoristin körperlich und seelisch so erschöpft, daß sie ins Polizeigefängnis abgeführt wurde, wo man ihr Zeit zur Ruhe und Sammlung lassen wird.

Bemerkenswert sind auch die Befundungen, die die Eltern der Verhafteten machten. Als ihnen die Tat der Tochter schonend mitgeteilt wurde, waren sie wie vom Blitz getroffen und wollten es nicht glauben. Sie erklärten übereinstimmend, daß die Tochter Erna im Elternhause ein stilles hilfsbereites Wesen zur Schau getragen habe. Ueber ihre privaten Beziehungen war sie zurückhaltend und offenbarte sich weder den Eltern noch den Schwestern. Niemand hatte eine Ahnung davon, daß sie sich bedrückt fühlte und in ständiger Angst lebte.

Liebestragödie auf der Straße.

Nordversuch und Selbstmord.

Eine lustige Eifersuchtstragödie spielte sich gestern Abend kurz nach 22 Uhr in der Schillerpromenade in Reinickendorf-Off. Vor dem Grundstück Nr. 47 feuerte der 35jährige Kaufmann Emil Wale, dessen Wohnung noch unbekannt ist, auf seine Geliebte, die 22jährige Arbeiterin Gertrud Blämmer, mehrere Schüsse ab, die sie in den Kopf trafen. Er bielte sich darauf selbst durch zwei Schüsse in die Schläfengegend.

Wale unterhielt zu dem Mädchen seit etwa einem Jahr Beziehungen. In letzter Zeit war das Verhältnis sehr getrübt und es kam wiederholt zu erregten Auseinandersetzungen, da der Mann Grund zur Eifersucht zu haben glaubte. Das Mädchen hatte den Plan, das Verhältnis aufzugeben. Passanten eilten auf die Hülfersche des Mädchens herbei und benachrichtigten die nächste Rettungsstelle, die einen Arzt an den Tatort entsandte. Während bei Wale nur noch der Tod festgestellt werden konnte, wurde Gertrud B. lebensgefährlich verletzt in das Reinickendorfer Krankenhaus gebracht.

Menschen, Göttern gleich...

43] Roman von Herbert George Wells.

Sie überflogen eine ziemlich dicht bevölkerte, sehr reizvoll aussehende Landschaft und kamen über einen offenbar ganz wasserlosen, öden Landstrich, der dem Bergbau und ausgedehnten Ingenieurwerken überlassen war. In weiter Entfernung sah man sehr hohe Schneeberge, aber das Flugzeug ging hinunter, ehe es dahin kam. Eine Zeit lang flogen die Erdlinge über ungeheure Schlackenhalde, die groß wie ein Gebirge aus einer riesigen brunnenartigen Aushöhlung zu stammen schienen, die bis zu unbekannter Tiefe in das Erdreich hinunterreichte. Aus diesem Schacht kam erschütterndes Maschinengetöse und viel Rauch heraus. Hier gab es Haufen von Arbeitern, die in Lagern zwischen den Felsstrümmern zu leben schienen. Offenbar kamen die Arbeiter nur für die Dauer der Arbeit an diesen Ort; irgendwelche Anzeichen von Heimstätten waren nicht vorhanden. Das Flugzeug mit den Erdlingen flog dieses Gebiet entlang und weiter über eine felsige und fast baumlose Ebene, die von steilen Schluchten nach Art der Canons zerschnitten waren. Nur wenige Menschen waren zu sehen, aber Spuren von Ingenieurstätigkeit gab es in Hülle und Fülle. Jeder Bergbach, jeder Wasserfall trieb eine Turbine und große Kabel folgten den Felswänden der Schluchten und waren quer über die unbewohnten Strecken gezogen. Dort, wo sich die Schluchten weiteten, gab es Nadelwälder und ziemlich üppige Vegetation.

Die hohe Felspitze, die das Ziel der Erdlinge war, ragte ein fast vollkommen abgeschlossenes Vorgebirge, in der Gabelung zweier sich kreuzender Canons hervor. Es türmte sich zu einer Höhe von etwa zweitausend Fuß über dem schäumenden Brausen der Gebirgswässer auf. Eine große Masse fahlgrüner und purpurner Felsen, zerklüftet, spitzförmig und von eingefügten Platten und weißen kristallinen Adern tief durchzogen. Die Schlucht auf der Seite des Felsens war viel steiler als die auf der anderen, die Wand war so überhängend, daß sie die Schlucht wie einen Tunnel verfinsterte. Und hier, ungefähr hundert Fuß vom Felsen vor der Wand, war eine schlanke Metallbrücke über den Abgrund geschlagen. Einige Yards höher waren Bogenstücke vorhanden, welche die Ueberreste einer älteren Brücke aus Stein sein mochten. Auf der anderen Seite fiel der

Felsen steil einige hundert Fuß ab zu einem langgestreckten Hang, der mit spärlicher Vegetation bedeckt war und wieder zu dem Hauptmassiv des Gebirges anstieg; hier bildete er eine Wand von Felsriffen mit abgeplattetem Gipfel.

Auf diesem Hang landete das Luftschiff neben drei oder vier kleinen Maschinen. Der Felsgipfel war von den großen Ruinen einer alten Burg gekrönt, in deren Umfassungsmauern eine Anzahl Gebäude heissen standen, die in letzter Zeit eine Gruppe von Studenten der Chemie beherbergten. Ihre Forschungen, die sich auf ein für Mr. Barnstaple ganz unverständliches Problem der Atom-Struktur bezogen, waren beendet und der Ort war nun frei verfügbar. Ihr Laboratorium war noch mit Apparaten und Material versehen, mit Wasser und Kraft wurde es mittels Rohrleitungen und Kabeln von einem höheren Punkt der Schlucht aus versorgt. Auch ein reiches Lager von Lebensmitteln war vorhanden. Eine Anzahl Utopen war damit beschäftigt, den Ort für seine neuen Zwecke der Isolierung und Desinfektion herzurichten, als die Erdlinge ankamen.

Serpentin erschien in Begleitung eines Mannes mit einer Gasmaske, dessen Name Ceder war. Dieser Ceder war ein Biologe und war mit den Vorbereitungen für dieses improvisierte Sanatorium betraut.

Serpentin erklärte, daß er selbst zu dem Felsen vorausgeflogen sei, weil er die Ausstattung des Platzes und die Forschungsarbeiten, die hier vorgenommen worden waren, kenne und weil seine Bekanntschaft mit den Erdlingen und seine verhältnismäßige Immunität gegenüber ihren Infektionen ihn befähigen, zwischen ihnen und dem Mediziner, der sich nun ihrer Sache annehmen werde, als Bindeglied zu wirken. Diese Erklärung gab er Mr. Burtleigh, Mr. Barnstaple, Lord Barralonga und Mr. Hunter. Die anderen Erdlinge standen neben dem Luftschiff, aus dem sie ausgestiegen waren, in kleinen Gruppen umher und betrachteten den burggeschmückten Felsgipfel, das spärliche Buschwerk auf dem öden Hochland ringsum und die turmhohen Klippen des angrenzenden Canons mit keiner sehr begeisterten Miene.

Mr. Catskill war abwärts gegangen, nahe an die Kante des großen Canons, stand mit den Händen auf dem Rücken in einer fast napoleonischen Pose in Gedanken verloren da und starrte in die sonnenlosen Tiefen hinab. Das Losen der unsichtbaren Gewässer unten, bald laut, bald fast unhörbar, zitterte in der Luft.

Wiß Greta Grev hatte plötzlich einen Roboter aus

Die schnellsten Züge.

Geschwindigkeit deutscher und ausländischer Züge.

Die Meinung, daß die schnellsten Züge der Welt in Amerika verkehren, ist irrig. Der Vize denkt natürlich unwillkürlich, daß das Land der unbegrenzten Möglichkeiten neben all seinen anderen Reizen auch den der Schnelligkeit des Eisenbahnverkehrs erreicht haben müßte. In Wirklichkeit stimmt dies jedoch mit den Tatsachen nicht überein. Vor dem Kriege besaßen allerdings die Vereinigten Staaten auf kurzen Entfernungen wie auf längerer Strecken die schnellsten Züge der Erde.

Wie der Präsident der Reichsbahndirektion München auf Grund seiner persönlichen Studien in den USA in Erfahrung brachte, fährt heute der schnellste Zug in den USA auf kurzen Strecken, der Reading Rtd. von Camden, N.J., nach Atlantic City, mit einer jahresplanmäßigen Geschwindigkeit von 99,3 Kilometer in der Stunde, während er vor dem Kriege die Geschwindigkeit von 107 Kilometer erreichte. Der schnellste Zug auf kurzen Strecken in der ganzen Welt gehört heute der Great Western Railway in England, einer Gesellschaft, die, wie man in England sagt, das Wort Speed (Geschwindigkeit) mit zwei großen E's schreibt. Dieser Zug verkehrt zwischen Swindon und London-Paddington auf einer 125 Kilometer langen Strecke und erreicht eine jahresplanmäßige Geschwindigkeit von 99,3 Kilometer in der Stunde. Auf weite Entfernungen war der Twentieth Century Limited der New York Central Rtd. zwischen New York und Chicago (1575 Kilometer) der schnellste Zug der Erde; seine jahresplanmäßige Fahrzeit war 18 Stunden, seine Reisegeschwindigkeit 87,5 Kilometer in der Stunde. Heute braucht dieser Zug 20 Stunden für die gleiche Strecke, seine Reisegeschwindigkeit beträgt also nur noch 78,7 Kilometer. Trotzdem ist der 20th Century, der im Juni 1927 das Jubiläum seines 25jährigen Bestehens gefeiert hat, vielleicht der meistgerühmte Zug der Welt. Er besteht aus 10 Wagen (8 Schlaf-, 1 Speise- und 1 Ausfalls- und Klubwagen) und ist schon an einem Tage neunmal gefahren worden. Hinter diesem Zuge bleiben die übrigen amerikanischen Expresszüge weit zurück. Ihre Reisegeschwindigkeit hält sich in der Regel zwischen 55 und 65 Kilometer in der Stunde, nur selten kommen Reisegeschwindigkeiten bis zu 73 Kilometer in der Stunde vor.

Verglichen mit den amerikanischen Zügen und den schnellsten Zügen Europas, schneiden die deutschen Fern-D-Züge keineswegs so ungünstig ab, wie vielfach irrtümlich geglaubt wird. Die höchste Geschwindigkeit unter den deutschen Zügen erreicht der Schnellzug Berlin-München auf der Strecke Berlin-Halle, der die 161,7 Kilometer lange Strecke mit einer Geschwindigkeit von 85,86 Kilometer in der Stunde (ohne Zwischenhalt) durchläuft. An zweiter Stelle folgt der Schnellzug Berlin-Leipzig, der auf der 164,6 Kilometer langen Strecke eine Geschwindigkeit von 84,41 Kilometer in der Stunde erreicht. Der Fern-D-Zug Berlin-Hamburg (287 Kilometer) steht an dritter Stelle mit einer Reisegeschwindigkeit von 83,53 Kilometer. Auf den längeren Strecken, die zum Teil durch bergiges Gelände führen, sind naturgemäß die Durchschnittsgeschwindigkeiten nicht so hoch. Zum Beispiel hat der Fern-D-Zug Berlin-München (677 Kilometer), der zwischen Berlin und Halle 85,86 Stundenkilometer erreicht, auf die gesamte Strecke berechnet nur eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 72,7 Kilometer, und auf der Strecke München-Köln (640 Kilometer) erreicht der Fern-D-Zug infolge zahlreicher Stelagen nur eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 70,5 Kilometer.

Für die weitere Steigerung der Schnelligkeit wird immer die absolute Verkehrssicherheit, die das wichtigste Erfordernis ist, Voraussetzung bleiben.

Zwei Veteranen! Genosse Alexander Kollis, Reußlän, Juhlstr. 26, heuert heute in körperlicher und geistiger Frische seinen 80. Geburtstag. — Genosse feiert am 13. März Genosse Registrator Hermann Schulz, Reußlän, Juhlstr. 12, seinen 75. Geburtstag.

Tageslicht befördert; als sie für die letzte Reise packte, hatte sie sich seiner Existenz erinnert und sie machte nun eine Momentaufnahme von der ganzen Gesellschaft.

Ceder sagte, er würde nun die von ihm vorgeschlagene Behandlungsmethode erklären, und Lord Barralonga rief: „Auperi!“, um Mr. Catskill Ceders Zuhörerschaft zuzugewinnen.

Ceder war ebenso deutlich und bündig in seinen Ausführungen, wie es Urthred gewesen war. Es sei offensichtlich, sagte er, daß einige Erdlinge Träger verschiedener infektiöser Organismen seien, die durch immunisierende Gegenstoffe in ihren Körpern in Schach gehalten würden; gegen jene hätten die Utopen jedoch keine Verteidigungsmittel bereit und könnten sich gegen sie nur nach einer leidbringenden und verheerenden Epidemie die Immunität sichern. Der einzige Weg, um einer solchen Epidemie, die ihren ganzen Planeten verwüsten würde, vorzubeugen, sei vorerst, alle bisher Erkrankten zu vereinen und zu heilen, was durch die Verwandlung des Konferenzparks in ein großes Spital durchgeführt werde, und ferner die Erdlinge vollkommen von den Utopen zu isolieren, bis man sie von ihren Infektionen befreien könne. Er gab zu, daß es den Erdlingen gegenüber ungeschicklich sei, aber es sei die einzige Ausweg zu sein, sie in diese ausnehmend trockene und reine Höhenluft zu bringen und hier Methoden zu erfinden, um sie physisch völlig zu reinigen. Wenn das möglich sei, werde man es tun und dann stehe es den Erdlingen wieder frei, in Utopien zu kommen und zu gehen, wie es ihnen beliebe.

„Aber angenommen, es wäre nicht möglich?“ sagte Mr. Catskill schroff.

„Ich denke, es wird möglich sein.“

„Aber wenn Sie sich irren?“

Ceder lächelte Serpentin an. „Die physikalische Forschung hat die Arbeit, in welcher Urthred und Chrysolagone führend waren, aufgenommen und wir werden bald in der Lage sein, ihr Experiment zu wiederholen und es dann umzusetzen.“

„Mit uns als Ihrem Material?“

„Nicht ehe wir genügend sicher sind, daß ihr heil landen werdet.“

„Sie meinen,“ sagte Mr. Ruff, der sich dem Kreis um Ceder und Serpentin zugesellt hatte, „daß Sie sich damit beschäftigen, uns wieder zurückzuschicken?“

„Wenn wir auch nicht behalten können,“ sagte Ceder

Schlehd. (Fortsetzung folgt.)

Interessentenpolitik im Film.

„Eh' du sie wählst — Frag die Partei: — Werden Filme steuertrakt? Mit diesem ersten Wahlpruch eröffnet die Spitzenorganisation der deutschen Filmindustrie in allen deutschen Filmtheatern ihren politischen Kampf für die Beseitigung der Luftfahr- und Luftverkehrsteuer. Auf den Kampf gegen die Luftfahrsteuer hat die deutsche Filmindustrie wie jede Unternehmerorganisation ein Recht. Aber wir möchten doch dem privaten Filmkapital in Deutschland raten, seine wirtschaftspolitischen Sonderinteressen vom breiten Filmpublikum fernzuhalten. Der Besucher der Filmtheater hat einen Anspruch darauf, daß er von der Wahrnehmung der wirtschaftspolitischen Sonderinteressen des Filmkapitals beim Besuch eines Filmes unbeeinträchtigt bleibt. Der Filmindustrielle ist es unbenommen, alle sonstigen Mittel zur Vertretung ihrer Interessen ebenso in Anspruch zu nehmen wie andere Wirtschaftserverbände. Aber es wäre ein unerträgliches Joch, wenn demnach auf allen Wursthäuten, Zigarettenpackungen, Windeln, Hemden, Haushaltsgeräten, auf allen Siegelsteinen und auf jedem Packpapier die Steuerknoten der betreffenden Industrien zu lesen wären, schließlich verbunden mit wahlpolitischen Ermahnungen. Das aber wäre die Konsequenz aus dem Vorgehen der Filmindustrie. Dem Filmkonzern könnten die Filmunternehmer damit nicht imponieren, und es wäre deshalb besser, die Filmindustrie verzichtete von vornherein auf eine derartige unangebrachte Propaganda in den Theatern.

Die Konferenz der Berliner Funktionärinnen.

Die letzte Funktionärinnenkonferenz nahm zunächst ein instruktives Referat der Genossin Bohm-Schuch über „Die politische Situation“ entgegen und erzielte sodann die Wahlen. Aus dem Referat der Genossin Bohm-Schuch entnehmen wir das Folgende: Die augenblickliche Regierung ist keine Koalitionsregierung mehr, sondern eine Arbeitersregierung, die die zurzeit unumgänglichen Arbeiten noch erledigen muß. Die Deutschnationalen dieser Arbeitersregierung möchten die Neuwahlen bis zum Herbst dieses Jahres hinausschieben, weil sie wissen, daß sie bei Frühjahrswahlen auf eine sehr energische Abrechnung des Volkes mit der Bürgerblockregierung gefaßt sein müssen. Aus diesen Erwägungen heraus sieht das Regierungsprogramm unter dem Druck der Deutschnationalen als notwendigsten Programmpunkt die Hilfe für die Landwirtschaft vor. Eine Verschärfung des Großgrundbesitzes brauchte unter keinen Umständen da zu sein. Dagegen können und müssen wir uns der Rolle der kleinen Landwirte nicht verschließen. Durch Wegfall der Jochfreiheit tritt eine Verteuerung des Fleisches um 2/3 Pf. pro Pfund (den Sechsbrot) ein. Für die Kindererziehung ist der Zuschuß des Reiches von 5 Millionen gestrichen. Dagegen ist eine erste Rate für den Bau eines Kreuzers in Höhe von 4/5 Millionen bewilligt. Die Gesamtbeschlüsse belaufen sich auf 70 bis 80 Millionen. Die sozialen Maßnahmen für Mutter und Kind sind dem energischen Kampf unserer Fraktion zu danken. Die Bürgerblockregierung ist bei allem nicht gescheitert an sozialen Fragen, sondern an der Kulturpolitik — am Reichsschulgesetz. Auf dem Gebiete zum Schutz der Jugendlichen ist von dem heutigen Reichstag nichts geschehen. Wir haben weder ein Reichsschulgesetz, noch ein Berufsausbildungsgesetz erhalten. Das Arbeitsschutzgesetz, auf das sich die Ministerien immer wieder berufen, liegt im Reichsrat. Auch immer die Förderung einer bezahlten Ferienzeit nicht erfüllt, die 48-Stunden-Woche nicht garantiert, im Gegenteil, es arbeiten Jugendliche von 16 bis 18 Jahren bis zu 70 Stunden wöchentlich. Wir vermischen immer noch einen organischen Aufbau eines Reichsschulgesetzes. Wir müssen verlangen, daß die Jugend bei der Arbeit geschützt wird. In der Diskussion wurde unter anderem besonders darauf hingewiesen, daß die Frauen in der Agitation den Gedanken der Friedenspolitik dadurch unterstützen müßten, daß auf die Kugelschloßheit des Baues von Kreuzern hingewiesen werde. Solche Versuche seien geeignet, die Friedenspolitik Deutschlands in Mißkredit zu bringen.

Die zwischen dem Referat und der Diskussion erfolgte Wahl der Vorsitzenden zu den weiblichen Vertretungen im Bezirksvorstand ergab die Weibervictoria der Genossin Wurm für den engeren Bezirksvorstand. Für den erweiterten Bezirksvorstand wurden vorgeschlagen als ordentliche Mitglieder die Genossinnen Bohm-Schuch, Scheidenhuber, Kresse, als Stellvertreterinnen die Genossinnen Wachenheim, Wengels, Ran.

Die Akten aus dem Invalidenhaus.

Kürzlich erreichte in der Öffentlichkeit die Meldung Kuffchen, daß alte Akten aus dem Invalidenhaus mit der Originalunterschrift Friedrichs des Großen befreit worden seien. Der Verdacht vor auf einen Regierungsinpektor aus dem Reichsarbeitsministerium gelenkt worden, und zwar durch eine mit dem Namen „Anni Berger“ unterzeichnete Anzeige. Trotz umfangreicher Ermittlungen seitens der Kriminalpolizei stand die Staatsanwaltschaft von Anfang an diesen anonymen Beschuldigungen sehr mißtraulich gegenüber. Inzwischen hatte Rechtsanwalt N. Bloch für den beschuldigten Regierungsinpektor durch ein ausreichendes Beweismaterial nachgewiesen, daß es sich bei den Anschuldigungen um einen pumpeu Nachsatz handelt. „Anni Berger“ hat auch nichts mehr von sich hören lassen und weiteren Vorladungen der Staatsanwaltschaft nicht Folge geleistet. Nunmehr ist auf Antrag von Rechtsanwalt N. Bloch das Verfahren gegen den Regierungsinpektor durch den Generalstaatsanwalt eingestellt worden.

Dem Andenken Sun-Yat-Sen's.

Die Sektion Deutschland des Kuomintang hatte ins ehemalige Herrenhaus zu einer Kundgebung eingeladen, um den Tag würdig zu begehen, an dem vor drei Jahren Sun-Yat-Sen, der erste Präsident von Suddjina, gestorben ist. Musikvorträge tanzten die Feiern ein. Dreimal verneigte man sich, chinesischer Sitte folgend, vor dem Bilde des Toten, dann ward das Testament des großen Staatsmannes verlesen, das für die chinesische Freiheitsbewegung von geradezu verfassungsgeschichtlichem Charakter ist. In den offiziellen Reden ward die Persönlichkeit Sun's gewürdigt, der 1911 das Hauptverdienst am Sturze der Mandschu-Dynastie hatte und dann in Kanton unerträglich tätig war, um seinem Volke die Demokratie zu sichern. Sun war ein großer und echter Patriot, der die Freiheit zu seinem Panier erhoben hatte. Begrüßungsansprachen, die zum Teil etwas langwierig waren, folgten.

Genosse Adolf John wurde gestern abend im Krematorium Verklärte durch eine Trauerfeier geehrt. Zahlreiche Parteiengenossen, Freunde und Kollegen nahen dem im Alter von 67 Jahren plötzlich Verstorbenen das letzte Geleit. Genosse Richard Barth, der frühere Vorsitzende des Betriebsrats der Vorwärts-Druckerei, widmete dem langjährigen Kampfkämpfer Worte tiefempfundener Danks. Adolf John war schon in jungen Jahren Mitglied des Berliner Gauvorstandes der Buchdrucker. Seiner Berufsorganisation hat er allezeit in Treue gedient. Während seiner 37jährigen Tätigkeit in der Vorwärts-Druckerei widmete er seinen engeren Berufskollegen auf verschiedenen Vertrauensposten die besten Kräfte. Barth erbte Adolf John im Namen des Buchdruckerverbandes, der Belegschaft sowie der Gesamtschlichtung der Vorwärts-Druckerei einen letzten Gruß. Worte des Gedenkens widmete ferner ein Vertreter der Sozialdemokratischen Partei. Beirat Weddina. Umrahmt wurde die Feier durch Gesangsvorträge des Buchdrucker-Gesangsvereins „Typographia“.

Warum Selbstmorde Jugendlicher?

Was können wir tun, sie zu verhindern?

Der vom Bezirksjugendamt Treptow veranstaltete Vortrags- und Ausspracheabend zur Erörterung der ersten Frage, wie Jugendliche zu Selbstmorden gelangen, war sehr gut besucht. In der Gasteschar, die den großen Saal der Schule in Niederlehndörfchen (Berliner Straße) füllte, waren alle Altersklassen vertreten, von den Schulkindern bis zu den Grau- und Weißköpfen. Stadtrat Peters, der den Vorsitz hatte, wies einleitend darauf hin, daß diese Veranstaltung nicht erst durch den Prozeß Krang angeregt worden ist, sondern schon vor diesem Prozeß geplant war. Er betonte, daß die Pflicht vorzubeugen, die dem Jugendamt in allem als Richtlinie gilt, auch angesichts der vielen Selbstmorde Jugendlicher sich aufdrängt.

Oberstudienrat Prof. Dr. Goldbed,

der an dem Krang-Prozeß als Gutachter teilgenommen hat, unterstrich dieses Wort und hob hervor, daß in der Tat gegenüber den Selbstmorden Jugendlicher alles auf die Vorbeugung ankommt. Die Schuld der Schule darf nicht überschätzt werden, denn oft handelt es sich da nur um den letzten Tropfen, der ein volles Maß zum Überlaufen bringt. Wenn Nichtvorbeugung droht, muß durch rechtzeitiges und verständnisvolles Eingreifen der Schule ein zweckmäßiger Schritt verhindert werden. Auch die Familie kann Fehler machen und macht nur zu oft Fehler — und nicht selten trifft die Hauptschuld sie. Leicht macht sie den Fehler, in geradezu unerträglichem Maße ein Kind wie ein Vögeln im Käfig zu behüten, so daß bei dem Kind eine festliche Stimmung aufsteigt, die nach Lösung verlangt. Goldbed ein Weißkopf bereits, aber voll Verständnis für die Jugend, schilberte das Wesen des Jungen, der Dummheiten machen will und muß.

400 Todesopfer in Kalifornien.

Die Flutkatastrophe des Santa Clara.

Wie aus New York gemeldet wird, schätzt man die Zahl der bei der Ueberschwemmungskatastrophe in Kalifornien ums Leben gekommenen auf 400. Bisher wurden 100 Leichen geborgen. Die Katastrophe in Kalifornien, durch die der Staudamm des Santa-Clara-Flusses gebrochen wurde, stellt sich als außerordentlich schwer heraus. Als der Staudamm brach, ergoß sich eine sechs Meter hohe Flutwelle in die Ebene und riß eine Reihe von Dörfern fort. Die meisten Bewohner sind ungerettet.

Die Verung der Verschiedenen von Santos.

Die Behörden teilen mit, daß die Gesamtzahl der bisher ausgegrabenen Toten 40 beträgt. Unter den Schwerverletzten befindet sich eine Frau, die über einen Tag lang in dem gleichen Raum mit ihrem toten Gatten verschüttet war.

Das ineffektive Kaffeetränzchen.

Im ehemaligen Herrenhaus hatten sich jüngst die ältesten Leuten der vorvorjahren Saison versammelt, um „nachts“, wie es in der Einladung zu diesen Rederunden hieß, „gegen Schmutz und Schund“ zu demonstrieren. Der „Deutsche Frauenkampsbund“, eine Vereinigung von nationalistischen Damen aller Altersgrade, hatte die Sache arrangiert und den Hofprediger Döhring sprechen lassen. Döhring, den man in eingeweihten Spitzweibern den „kleinen Luther“ nennt, zog denn auch vom Leber gegen eine „gewisse Presse“, die „unersöhnten Schmutz“ drucke. Mit dem Theater, mit der Presse, mit dem Zustand der Familie, mit allem ist der gute Döhring höchlich unzufrieden. Er hörte förmlich den Basilenträger um „die Wurzeln des deutschen Volkes“ schleichen, und der Hofprediger endete mit der originalen Botsung: „Dem Volke muß die Religion erhalten bleiben.“

Ein Landgerichtsrat schwarzweißroter Couleur wandte sich gegen die „dunklen Mächte, die das Rechtsleben unterhöhlen“. Ansehend hat er nicht seine Berufskollegen gemeint.

Jungsozialistische Vereinigung Groß-Berlin (S.D.). Werbebezirk der nördlichen Gruppen Donnerstag, den 15. März, in der Aula des Schiller-Gymnasiums, Panitzstraße am Brunnenplatz: Märzfeier 1848—1928. Aufführung des russischen Films „Mutter“ nach dem Roman von Maxim Gorki. Ferner: Reden von Erich Wehnert; Ansprache der Genossin Toni Bender, R. d. R. Beginn 8 Uhr. Eintrittarten im Vorverkauf 40 Pf. In der Kasse 50 Pf. Karten sind in den Zahlabendlokalen zu haben.

Sprecher für proletarische Feiertage. Die Gedächtnisfeier findet heute — Mittwoch — abends 7 1/2 Uhr, in der Sophienstraße, Weinmeisterstraße 16—17, statt.

Die Entwicklung unserer Reichshauptstadt. Die Entwicklung und zwar von den ältesten Anfängen bis zur modernen Weltstadt (Kunst- und Bibliothek) Dr. Hoppe in einem Lichtbildervortrag am Mittwoch, dem 14. März, Beginn: 8 Uhr. Aula der Hohenzollernschule, D.N., Belgier Straße 48/52. Eintritt 30 Pf.



„Roberte deutsche Kulturzentren“ leitete E. B. Baill seinen Vortrag. Er behandelte darin deutsche Kulturleistungen auf den verschiedensten Gebieten: die Arbeit des Bauhauses in Dessau, deutsche Glasmalerei und die Weidenborfer Schulgemeinde. Erregend war die durchaus vorurteillose Betrachtungsweise des Vortragenden. Er diskuterte nicht Einzelheiten, sondern war bemüht, das Verständnis für das Wesentliche, das aus allen diesen Werken lebendig wird, zu wecken: für deutsche Kultur. Dr. Wolfgang Hoffmann-Harnisch bearbeitete seinen „Zyklus „Arbeitsstätten in der Dichtung“ mit einem Einblick in wesentliche Werte, die Schilderungen von Eisenbahnen, Straßen und Wägen“ geben. Aus Jack London's „Abenteuer des Schienenstrangs“ hat er eine packende Leseprobe. Hans G. Lustig zeigte, wie der Journalist sich in der Dichtung spiegelt. Reist gibt sie von ihm ein verzerrtes Bild, bald humorvoll, bald bösartig ernstlich. Erst in neueren Werken wird der Journalist seltener als willkürlich gefärbter Typ und dafür häufiger als wirklicher Mensch gezeichnet. — Am Abend las Franz Carl Sinkens Helios aus seinen Werken. Besonders hübsch wirkten die lebenswichtigen Selbstverleugungen Sinkens in den „Stimmen keine Bühnenlaute“, „Bild und Ende“ und „Die Aufnahmeprüfung“. Kammermusik des Hermann-Duquoyt's, das, durch gleichwertige Künstler ergänzt, mit einem Satz von Brahms und einem Okeff von Mendelssohn aufwartete, beschloß den Tag. Tea.

Jeder Junge müsse, sagt er, das machen, was auf der Welt den höchsten Sinn hat, nämlich — Usina. Kritische Seiten sind die Jahre der Reifung, in denen der Jugendliche ganz besonders des Verständnisses für seine Räte bedarf. Zum Selbstmord können ihn hauptsächlich zwei große Probleme treiben, die Grotti und die Weltanschauung. Nach reiner Liebe verlangt der Jugendliche viel mehr, als man bei seinen oft sehr häßlichen Reden glauben möchte, mit denen er nur prahlt. Reine Liebe ist es, die ihn hand an sich legen läßt. Die weltanschaulichen Räte des Jugendlichen führen manchmal schon früh zu einem Lebensstadel, dem er durch Selbstmord ein Ende machen zu müssen glaubt.

Wie können wir solche Schritte verhindern?

Die meisten werden wir verhindern können, wenn wir dafür sorgen, daß der Jugendliche zu uns Vertrauen haben kann. Wir werden Selbstmordneigung abbiegen, wenn wir — schloß Goldbed — unser lebhaftes Mitgefühl — dem Jugendlichen das Gefühl geben, daß er bei uns geborgen ist.

An der Aussprache

bettingten sich Vertreter der Jugendpflege, der Lehrerschaft, der Ärzteschaft und auch Jugendliche selber. Unter den Rednern war keiner, der aus seinem eigenen Erleben über Selbstmordneigung und ihre Entziehung hätte berichten können. Wie jemand, ein Jugendlicher oder ein Alter, dazu gelangt, seinem Leben ein Ende machen zu wollen, davon macht sich, wer niemals in solchem Seelenzustand war, vielleicht ein ganz falsches Bild. Stadtrat Peters wies hin auf die aufrichtende Wirkung, die der Jugendliche empfindet, wenn ein großer Gedanke ihn zu kraftvollem Wirken aufruft.

Das Sechstages-Rennen.

Ehmer-Kroschel noch allein Spitzengruppe.

Seht umtreiben mir noch zehn Mannschaften die Sportpalastbahn: nach Boris-Duray mußten auch die um sechs Runden zurückliegenden Rieths-Buschengagen das Feld räumen.

In den Nachmittagsstunden geht es ruhig zu. Die ersten fünf Spurts bringen folgende Resultate: 1. Spurt Dinale, Binari, Rikli, Demoff; 2. Spurt Frankenstein, Brunier, van Kempen, Ehmer; 3. Spurt Raczynski, Demoff, Dinale, Binari; 4. Spurt Frankenstein, Rauch, van Kempen, Ehmer; 5. Spurt Raczynski, Demoff, Dempley, Laquehan. Auch die nächsten drei Spurts in der zweiten Hälfte der Nachmittagswertung bilden eine sanfte Angelegenheit. 6. Spurt Frankenstein, Tonani, Behrendt, Demoff; 7. Spurt Brunier, Rauch, Dinale, Dempley; 8. Spurt Behrendt, Frankenstein, Hürigen, Demoff. Im Verlauf des 9. Spurts zieht Dempley-Frankenstein los, doch führt van Kempen das Feld wieder zusammen. Dann magt Brunier einen Vorstoß, der nach wirklich harter Arbeit mit Erfolg gekrönt ist: die Mannschaft Brunier-Demoff kann eine Runde abholen und sich damit vom achten auf den sechsten Rang verschieben. Ein Sturz Behrendt's und Demoff's in der Hekturve dämpft die Jagd ein. Behrendt kann sich sofort erheben, während Demoff erst nach 15 Minuten wieder „reife“ fertig ist. Die beiden letzten Spurts brachten folgendes Resultat: 9. Spurt Dinale, Brunier, Rauch, Dempley; 10. Spurt Dempley, Rikli, Rauch, Kroschel.

Bis zur 10-Uhr-Abendwertung

ereignet sich gar nichts mehr. Das Haus selbst ist wieder gut besucht. Kurz vor Beginn der Wertung nimmt Behrendt Tempo und gleich darauf ist im Felde wieder Ruhe eingeleitet. Nach 96 Stunden (10 Uhr) sind 2410,800 Kilometer gefahren. Stundenergebnis 29,160 Kilometer. Den ersten Spurt holt sich Tieg vor Laquehan, Behrendt und Dempley. 2. Spurt: 1. Frankenstein vor Rauch, Demoff und Raczynski. 3. Spurt: 1. Tieg vor Dinale, Brunier und Dempley. Ein kurzer Vorstoß Frankenstein's nach dem 3. Spurt verpufft sofort wieder. 4. Spurt: 1. Krieger vor Dinale, Brunier und Binari. Dinale geht los, doch können Brunier-Demoff und van Kempen-Rikli das Feld sofort heranzuführen. 5. Spurt: 1. Dinale vor van Kempen, Laquehan und Demoff. 6. Spurt: 1. Rauch vor Tieg, Rikli und Ehmer. Binari versucht vom Felde loszukommen, Brunier-Demoff, van Kempen-Rikli und Ehmer-Kroschel nehmen die Verfolgung auf. Binari-Dinale sullen zurück, während van Kempen an Platz gewinnt. Kroschel jagt scharf hinterher und bei der Abbiegung kann dann Ehmer-Biets' Hinterrad erreichen. Das Feld schießt auf. 7. Spurt: 1. Dinale vor van Kempen, Demoff und Kroschel. 8. Spurt: 1. Tieg vor Rikli, Ehmer und Behrendt. 9. Spurt: 1. van Kempen vor Kroschel, Dinale und Binari. 10. Spurt: 1. Raczynski vor Demoff, Lorenz und Tieg.

Stand des Rennens nach 10 Uhr abends.

Spitze: Ehmer-Kroschel 71 Punkte. Eine Runde zurück: van Kempen-Rikli 100 Punkte. Tieg-Rieger 161 Punkte. Zwei Runden zurück: Bamsh-Laquehan 88 Punkte. Drei Runden zurück: Rauch-Hürigen 68 Punkte. Fünf Runden zurück: Demoff-Brunier 160 Punkte, Binari-Lorenz 86 Punkte. Sechs Runden zurück: Tonani-Dinale 180 Punkte, Dempley-Frankenstein 119 Punkte, Behrendt-Raczynski 105 Punkte.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Berlin S. 14, Gebälkstr. 27/28, 2. u. 3. Etage. Sprechtag: 12. März. Versammlung: 19.15 Uhr. Treffen der Mitglieder im Saal der ehemaligen „Hilfsschule“, Berlin S. 14, Gebälkstr. 27/28, 2. u. 3. Etage. Sprechtag: 12. März. Versammlung: 19.15 Uhr. Treffen der Mitglieder im Saal der ehemaligen „Hilfsschule“, Berlin S. 14, Gebälkstr. 27/28, 2. u. 3. Etage.

Verband der Jungen- und Arbeiter-Organisationen Deutschlands. S. 6. (514 Berlin). Sprechtag: 12. März, Sprechtag: 1. u. 2. Etage. Sprechtag: 12. März, Sprechtag: 1. u. 2. Etage.

Freie Jugendschule. Am kommenden Samstag, 17. März, 1915, findet im großen Saal der ehemaligen „Hilfsschule“, Berlin S. 14, Gebälkstr. 27/28, 2. u. 3. Etage, ein Vortrag von Herrn Hermann Weibel, Frankfurt a. Main, über das Thema „Die Arbeiterbewegung“ statt. Karten zum Freitag von 50 Pf. sind in der Buchhandlung J. S. B. Diez, Lindenstr. 2, und an der Verbandsstelle erhältlich.

Weiterer Bericht der öffentlichen Westend-Deutschen Berlin und Umgegend (Kochbr. verb.). Berlin bis heute, ohne nennenswerte Niederlagen, im anderen etwas verderblich. — Für Deutschland: Ueberall etwas milder, in der südlichen Hälfte mäßig. Kritischer Niederschlag, im übrigen Reich normiegebend trocken und kühlenweise heizt.

Erinnerung.

Von Hans Brand.

In der Sankt Michaels-Kapelle der Kathedrale zu Canterbury liegt auf einem kunstvoll geschmiedeten Sarg ein dickes Buch aus Pergament, in dem die Namen der 6521 Angehörigen des Rent-Regiments aufgeführt sind, die im Weltkrieg gefallen sind. Das Buch beginnt mit den einfachen Soldaten, deren Namen sofort auf den einzelnen Seiten vermerkt wurden, als bei künstlerischer Anordnung hinaufgingen, und schließt mit zwei Generälen, von denen jeder eine besondere Seite zugewiesen erhielt. Morgen für Morgen betritt ein Soldat des Rent-Regiments die Kapelle und, nachdem er auf der Schwelle vor dem Buch salutiert hat, wendet er das aufgeschlagene Blatt um. Der Grund zu dieser militärischen Handlung ist folgender: Der Künstler, welcher das kostbare Schriftwerk in monumentaler Arbeit verfertigt, hat darum, daß täglich eine Seite des geöffneten Buches umgewendet werden möge, damit das lichtempfindliche Pergament eine gleichmäßige Lösung behalte. Diese im Interesse der Schönheit notwendige Prozedur gab nun dem Kommandeur des Rent-Regiments Anlaß, aus ihr einen regelmäßigen Ehrendienst zu gestalten, den nur Soldaten von tadelloser Führung vollziehen dürfen. Beim Verlassen der Kapelle erhalten die durch den Befehl zur Blumwendung Ausgewählten als morgendlich einen Kommandostab mit silbernem Ansporn, durch dessen Vorzeigung sie sich bei dem Sakristan der Sankt Michaels-Kapelle legitimieren müssen. Der Sinn dieses Ehrendienstes aber ist, im Rent-Regiment die Erinnerung an dessen ruhmvolle Taten während des Weltkrieges und an seine 6521 Gefallenen lebendig zu erhalten.

So stand es in zahlreichen Zeitungen, und die es lasen, priesen mit lauten — mit leisen, mit ergriffenen — mit gewohnheitsmäßigen Worten die Anordnung des Rent-Regiments-Kommandeurs als ebenso sinnvoll wie zweckmäßig. Von dem verwirrenden, die Ausrichtung seines Befehls gefährdenden Zwischenfall aber, der in den ersten Monaten dieses militärischen Erinnerungsdienstes in der Sankt Michaels-Kapelle der Kathedrale zu Canterbury sich ereignete, stand in den Zeitungen nichts.

Am Morgen des 20. Oktober 1919 nämlich trüete vor dem pergamentenen Buch mit den sechsaufstausendfünfhundertundzwanzig Namen eine ärmlich gekleidete, etwa sechzigjährige Frau. Sie war am Tage zuvor von ihrem Wohnort Wye gen Canterbury gewandert. Der kühnliche Sakristan hatte der Zugereisten das Sittlichkeits-Buch der Sankt Michaels-Kapelle vor dem jedermann zugänglichen Kirchenraum abtrennen, nicht aufschließen wollen. Aber ein ungewöhnlich hohes Lirndge machte ihn gefällig. Die Schwarzgefärbte begab sich in den Gebetsraum. Der Rothmantel ging in seine Wohnung zurück. Mit schweren Schritten schleppte die Frau sich zu dem lesbaren Buch mit den sechsaufstausendfünfhundertundzwanzig Namen. Beträugelte sich. Kniete nieder. Reigte das Haupt. Betete. Sang. Sehr lange —

Schließlich hob die Frau aber doch das Gesicht, sah das Buch an und begann, mit glitzernden Fingern seine Blätter umzuwenden. Dort, wo die vielen Namen dichtgedrängt verzeichnet stehen. Die Frau las — mit Mühe — Namen um Namen, las — halblaut die Buchstaben zusammensuchend — Seite für Seite. Pflüchte sie auf. Und wandte nun nicht mehr um. Witten auf der Seite stand in der Tat, was man ihr in dem Brief zugesichert hatte, weil sie vor einigen Wochen vom Rent-Regiment erhielt. Die Hände der Frau falteten sich nun neuem. Fielen auf das Buch. Auf seinen unteren Rand. Dortin, wo aus künstlerischen Gründen kein Name mehr steht. Ihr Herz schrie, ihre Lippen murmelten, ihre Augen weinten: „Ralph Muldang, geboren am 30. Juli 1889 zu Wye, Bezirk Canterbury, gefallen am 20. Oktober 1914 bei Bangemark in Belgien.“ Dann auf neu: „Ralph Muldang — — bis zum — — 1914 bei Bangemark in Belgien.“ Ohne Aufhören: — — geboren — — gefallen — — geboren — — gefallen — —

Einige Minuten vor 8 Uhr trat der Abgesandte des Rent-Regiments mit dem silberglänzenden Erkennungsstab bei dem Sakristan ein, um den Schlüssel zur Sankt Michaels-Kapelle zu holen. Da erst erinnerte der Schlüsselnde sich, daß er die zugereiste Frau, welche ihn trotz ihrer tämmerlichen Kleidung ein erkleckliches Trinkgeld aushändigte, völlig vergessen hatte. Der Sakristan bedeutete dem Soldaten, daß die Kapelle geöffnet wäre. Er möge, wenn das Blatt umgewendet sei, das Sittlichkeits-Buch, den Schlüssel, der bei der Schlüsselübergabe verbleiben sollte, abziehen und mitbringen. Der Soldat legte es zu.

Den Erinnerungsdienst hatte an dem Morgen dieses 20. Oktober ein baumkranter draver Kerl, der von früher her mit der Sache umzugehen wußte. Denn ihn widersprach bereits zum dritten Male die Auszeichnung der Blumwendung, die von den Gemeinen des Rent-Regiments nicht nur der Ehre wegen begehrt wurde. Der zu ihr Abkommandierte hatte nämlich, nach Meldung der ordnungsgemäßen Ausführung des Befehls beim Kommandeur, des selben Tages dienstfrei.

Der Soldat bog sich also mit der Ueberzeugung, daß die Vertreibung in der Kathedrale nach einigen Minuten beendet sei und er vor Ablauf einer Stunde in die Stadt schlendern werde, zur Sankt Michaels-Kapelle. Aber diesmal salutierte er nicht, wie die beiden ersten Male, auf der Schwelle des Gebetsraumes. Vor dem aufgeschlagenen Buch präsentierten! so lautete seine Dienststellung. Vor dem gekrümmten Rücken einer knienden Frau? — das ging gegen den Befehl!

Der Soldat blieb also mit geschultertem Gewehr am Eingang der Sankt Michaels-Kapelle stehen. Räusperte sich. Hustete. Machte mehrfach: Siff-Siff! Trat mit dem rechten Fuß auf. Stampfte mit beiden Beinen. Aber die kniende Frau rührte kein Glied. Ihre gefalteten Hände lagen am Rande einer der vollbeschriebenen Seiten des Erinnerungsbuches. Ihr Herz schrie, was in der Mitte dieser Seite zu lesen war: „Ralph Muldang, geboren am 30. Juli 1889 zu Wye, Bezirk Canterbury; gefallen am 20. Oktober 1914 bei Bangemark in Belgien.“ (Schluß folgt.)

Handschreibenprüfung für Angestellte. Bei der Auswahl ihrer Angestellten sind jetzt viele englische Firmen dazu übergegangen, die Handschriften der Bewerber von einem erfahrenen Graphologen prüfen zu lassen, um auf diese Weise die Fähigkeiten und den Charakter der Bewerber festzustellen. Es ist für einen Geschäftsmann von größter Wichtigkeit, erklärt der Personalchef eines großen Londoner Hauses, zu wissen, ob der Bewerber träge und langsam, unehrlich und Heberlich ist. Aus der Handschrift lassen sich wichtige Anhaltspunkte für die Beurteilung gewinnen. Die Handschriften werden von dem Sachverständigen um das Achtfache, in schwierigen Fällen sogar auf das 125fache vergrößert, so daß alle kleinsten Einzelheiten genau studiert werden können. Nach den bisherigen Erfahrungen haben sich diese Prüfungen als sehr nützlich erwiesen, und es ist gelungen, ungeeignete Persönlichkeiten von vornherein auszuschalten.

Mein Tanzschaffen.

Von Edith v. Schrend.

Die bekannte Künstlerin Edith v. Schrend, die ihre entscheidende künstlerische Ausbildung vor der Revolution in Petersburg erhielt, erwidert hier ihre Gedankenaufzeichnung vom Sinn und Ziel des Tanzschaffens.

Auf keinem Gebiet der Kunst herrscht ein solches Chaos von Richtungen, Systemen und auseinandergehenden Bestrebungen, wie auf dem des Tanzes. Von Gymnastik, Akrobatik bis zur Revue primitiver und literarischer Art nennt alles sich Tanz, was irgend mit dem bewegten Körper zu tun hat. Und doch ist der Körper so nur das Material, das Instrument, das dem Tänzer dazu dienen soll, einen Gemütszustand in einem Bilde, einer Form sichtbar zu gestalten. Das Instrument des Körpers ist aber nur dann sinnvoll bewegt, wenn es Träger einer Idee ist, einer inneren Haltung oder eines Vorgangs in der menschlichen Seele. Das einzige Ausdrucksmittel eines Tänzers ist sein Körper im Raum. Was hinzukommt an Musikinstrumenten, Kostümen, Lichteffekten kann nur in Beziehung auf den Tanz gewisse Betonungen und schärfere Umrisse zu dem Vorhandenen geben. Deshalb ist so vieles, was heute an Geräuschmuffel und Dekoration dem Tanz beigelegt wird, nur ein Mittel, um die Aufmerksamkeit des Zuschauers auf höhere Effekte und vom eigentlichen Wesen des Tanzes abzulenken. Der bewegte Körper hat nur den eigenen inneren Rhythmus zur Grundlage, genau so wie in jedem anderen Zweig der Kunst die Struktur einer Form auf den Gesetzen des Rhythmus beruht.

Welchen Weg der Tanz der Zukunft nehmen wird? Diese Frage hängt eng zusammen mit der Entwicklung der ganzen heutigen Kultur, die auf allen Gebieten, die Dinge der Zivilisation, der Technik und Mechanik beiseite lassend, nach und nach in der Seele der Menschen geistige Werte und Forderungen neu zu schaffen beginnt. Der Weg geht nach innen.

Es gibt heute eine Unzahl von Schulen für Bewegungskunst, die zum Teil einzig den Weg gymnastisch-akrobatischer Leistung gehen, den Körper um seiner selbst willen kultivieren, was mit Tanz unmittelbar nichts zu tun hat. Doch sind sie gewiß ein Weg zur allgemeinen Gefundung und Beherrschung des Körpers. Andere Richtungen wiederum sehen das Mittel zum Tanz einzig und allein in übertriebener Befreiung des Körpers, in Verrentungen der Glieder, die inneres Erleben und Leidenschaft vortäuschen sollen. Auch sie bleiben auf halbem Wege stehen, denn nicht nur die Befreiung des Körpers, sondern erst seine Beherrschung macht ihn zum Träger des Bewusstseins, das — mit möglichst einfachen konzentrierten Mitteln — ausgedrückt werden soll. Hier liegt der wichtigste Punkt für die richtige Unterscheidung in Dingen des Tanzes: die Frage nach dem Zentrum. Entsteht die Tanzschöpfung aus dem Zentrum einer Seele, aus einer starken und klaren Forderung, so ist sie echt. Alle Bewegungen, mögen sie noch so „schön“ aussehen, sind unecht, wenn sie nicht aus diesem Zentrum des Willens notwendig geboren werden, aus dem Willen, ein Bewußtsein im Raum Gestalt werden zu lassen. Eine solche Gestalt kann vor dem Auge des Zuschauers durch das Medium eines einzelnen Körpers wie auch durch das Medium einer Tänzergruppe entstehen. Es kommt bei den Tanzformen einzig auf die Persönlichkeit dessen an, der sie mit einem Kunstwillen erfüllt oder als lebendige Gegenstimme, wie beim musikalischen Kontrapunkt, die Masse zum Leben aufruft. Masse an sich ist tot und keine noch so große Menge von gleichartig bewegten Beinen und wirbelnden Armen ist Träger einer künstlerischen Gestalt. Wie die Instrumente eines Orchesters erst in ihrer Vielheit die Einheit des Ganzen ergeben, so sehe ich das Ideal eines Zusammenfließens von eigenartig-schöpferischen Tanzpersönlichkeiten in eben ihren sich

gegenseitig steigernden verschiedenartigen Temperamenten, nur geeint durch die Idee, die alle gemeinsam unter ihr Gesetz zwingt.

Bei Umstritten ist heute auch die Frage der Musik als Begleitstimme zum Tanz. Ich sehe unbedingt als einen der Wege, Körper und Seele in rhythmischen Einklang zu bringen, den Gedanken von Dalcroze, der den tönenden Rhythmus der Musik als Mittel zur Bedung und Erziehung des rhythmischen Körpergefühls benutzte.

Wie die Musik, so kann auch ein Bild, ein Vers, ein Gebilde der Natur Antrieb zur Formung einer tänzerischen Gestalt werden, wie jedes intensive innere Erleben, sei es durch sichtbaren oder durch unsichtbaren Antrieb ausgelöst.

Ich selbst habe den weitaus größten Einfluß der rhythmischen Gymnastik an mir erfahren, nachdem ich längere Zeit Musik studiert hatte, ohne daß mir deren innerster Wesenskern aufgegangen war. Wie eine Offenbarung durchdrang mich bei den ersten rhythmischen Bewegungen das Gefühl für den Sinn des Körpers, für seine mediale Fähigkeit, innere Strömungen und Schwingungen aus der Welt aufzunehmen und ins Bild zu leiten. Bei meinen weiteren Rhythmusstudien empfand ich aber bald die Unzulänglichkeit eines technisch nicht durchgearbeiteten Körpers.

Da traf ich wie durch Zufall auf meinem Wege, der mich von Dalcroze zurück nach Petersburg führte (wo ich als Deutscheinwohnerin aufgewachsen bin), eine Moskauer Schauspielerin. Sie hatte sich vom Theater zurückgezogen, um ihren Körper als Ausdrucksmittel für die Bühne in eigener Arbeit neu durchzubilden. Auf der Suche nach dem richtigen Wege war sie mit dem System von Dalcroze bekanntgeworden, diesem System eines Franzosen, das die harmonische Bildung des Körpers und seiner Ausdrucksmöglichkeiten für die Bühne behandelte. Ich wurde, ihre Schülerin und machte hier die Erfahrung — da diese Schauspielerin ganz ohne Musik arbeitete —, daß der jedem Menschen innewohnende Rhythmus den Körper zu denselben Resultaten harmonischer Bewegung führen muß, wie der an Musik gebundene Rhythmus.

Das System des Dalcroze ist, meines Erachtens das einzige, richtige, befreiende und beglückende System der Körperbewegung, das es gibt. Seine absolute Berechtigung besteht darin, daß es dem menschlichen Körper unter dieselben Gesetze der Bewegung stellt, nach denen alles in der Natur, Tiere und Pflanzen, Winde und Wellen, Meilen und Stürme sich bewegen. Der Mensch fühlt sich körperlich nicht mehr als Einzelwesen, sondern eingeschlossen in die großen Bewegungsströme des Weltalls, mit dem einzigen Unterschied, daß er nicht unbewußt und passiv bewegt wird, sondern daß er selbsttätig und willensbewußt sich bewegt.

Ich war nicht lange mit meiner Lehrerin verbunden; die Revolution unterbrach alles, auch den Plan, dieses Körperbildungssystem an allen russischen Schulen für Schauspiel und Musik einzuführen. Die Russen hatten, da sie ein von Natur in hohem Maße tänzerisches Volk sind, diese neue „Plastik“ mit intuitivem Verständnis aufgenommen. Ich kam nach Deutschland, von wo aus ich selber Tanzkurse in manche Länder unternahm, selbst immer weiter arbeitend, denn — all die Fragen nach Weg und Richtung des Tanzes sind heute im lebendigen Wechsel begriffen. Doch jeder Tänzer muß auf dem Wege, den er als seinen ihm wesentlichen erkannt hat, mit Glauben und Absolutheit und mit Wahrhaftigkeit weiterstreben — und jeder für sich (denn der heutige Tanz hat keine Tradition und keine Vorbilder), steht unter dem Wort Schillers, das ihn als helles Bild und als Gewißheit begleiten sollte: „Was wir als Schönheit hier empfunden haben, wird einst als Wahrheit uns entgegengeh.“

Shaws Besuch bei Strindberg.

Shaw wohnte kürzlich einer Ratinee bei, bei der Strindbergs „Kameraden“ aufgeführt wurde, und im Anschluß daran gab er in seiner humorvollen Weise eine Schilderung von seiner einzigen Begegnung mit dem großen Schweden.

„Ich war in Stockholm“, sagte er, „und da ich ein großer Dramatiker bin — der große englische Dramatiker —, so hielt ich es für meine Pflicht, dem großen Mann meine Aufwartung zu machen, den ich als einen der großen Dramatiker Europas ansah. Die Leute sagten mir, es hätte gar keinen Zweck: „Er ist vollkommen überdrückt; er will niemanden sehen; er geht nur um Mitternacht aus, wenn er niemanden treffen kann. Er greift alle seine Freunde mit der größten Eile an. Sie werden nur Ihre Zeit verschwenden.“ Ich sagte: „Das gibt mir noch immer nicht das Recht, unhöflich zu sein, und insofern schied ich ihm eine Mitteilung, daß ich in Stockholm wäre und nicht wieder weggehen wolle, ohne ihm meine Anwesenheit mitgeteilt zu haben — einen sehr höflichen Brief.“

Ich bekam eine Antwort von ungeheurer Länge, in verschiedenen Sprachen abgefaßt, wenn ich mich recht erinnere, in Französisch, Deutsch und Englisch, kurz in jeder Sprache außer Schwedisch. In gewissem Sinne schien er so zu sein, wie ihn die Leute schätzten. Er sagte in dem Brief: „Ich leide an einer tödlichen Krankheit. Ich sehe niemals jemanden. Ich gehe nur des Nachts auf die Straße. Ich verstehe Ihre Sprache nicht. Was hat es für einen Sinn, wenn ein stummer Mann zu einem stummen Mann spricht?“ Er meinte, eine Unterredung sei zwecklos. Ich dachte, jedenfalls hätte ich meine Pflicht getan.

Am nächsten Morgen bekam ich von ihm eine Mitteilung, ich möchte ihn sofort besuchen. Ich ging zum kleinen Theater. Ich fragte vorher: „Welche Sprache wird er sprechen?“ Ich muß bemerken, daß ich der schlechteste Sprachkenner in der Welt bin. Wenn ich jemanden besuche, der eine fremde Sprache spricht, so lege ich mir genau vorher zurecht, was ich sagen muß. Man meinte, er werde Französisch sprechen, und so arbeitete ich mir eine kleine Rede auf Französisch aus. Strindberg erschien und begann sofort, Deutsch zu sprechen. Er war ein nett aussehender Mann mit den schönsten saphirblauen Augen, die ich je gesehen habe. Er war aber alle Fragen schlichtern. Ich bin selbst ein schüchtern Mensch. Meine Frau rettete die Situation und sprach zu ihm Französisch; nach einiger Zeit kam er zu sich, lächelte, und wir hatten eine sehr angenehme Unterhaltung. Niemand konnte sich reizender unterhalten als er, und niemand würde auf den Gedanken gekommen sein, daß er mit jenen häuslichen Szenen vertraut sei, die er auf die Bühne gebracht hat. Nach einiger Zeit nahm er seine Uhr heraus und blickte auf. Er sagte auf Deutsch: „Um 2 Uhr werde ich krank sein.“ Mir war es so, wie wenn meine Unterhaltung daran schuld sein könnte, falls er sofort krank würde. Ich zog hastig meine Uhr und sah, daß es ein Viertel vor zwei war. Es war also keine Zeit mehr zu verlieren; meine Frau und ich verabschiedeten uns von ihm und gingen fort.“

Welche Tiere leben am längsten?

Kürzlich wurde von einem Pferd berichtet, das das erstaunliche Alter von 53 Jahren erreicht hatte. Aber das natürliche Alter der Pferde ist viel höher, als man im allgemeinen annimmt, denn in der Regel bekommt das Pferd durch die unnatürliche schwere Arbeit auf schlechten Straßen frange Weine und geht zugrunde lange ehe es sein natürliches Lebensalter erreicht hat. Elefanten werden gewöhnlich 80 Jahre alt, doch kennt man recht viele über 100 Jahre alte Tiere. Die Größe hat mit dem Alter nichts zu tun, denn Büden und Tiger leben nicht lange, und der große Grizzly-Bär, der oft über zwölf Zentner wiegt, wird nur 20 Jahre alt. Büffel sterben mit 40 Jahren. Vögel leben länger als Säugetiere. Am längsten leben Papageien. In London gibt es einen Papagei, der mindestens 120 Jahre alt sein soll. Den ganzen Tag spricht er, schwingt sich in einem Kreis herum und spielt mit einer Kugel. Er wurde im Jahre 1801 von dem Rajah von Satara gefangen. Haben und Adler sollen ein sehr langes Leben haben, doch haben wir keine genauen Zahlen. Bei Gänsen jedoch kennen wir ein 60 Jahre altes Tier, das noch gesund und stark ist. Am längsten von allen Vögeln leben Schildkröten. Eine der Riesen-Schildkröten von den Galapagos-Inseln, die 1806 im Londoner Zoo starb, soll 330 Jahre alt gewesen sein.

4000 Nahrungsaufnahmen in einer Minute. Ein unbetreffender Kletterer in der Schnelligkeit der Nahrungsaufnahme ist die gewöhnliche spanische Kröte, deren Mabeisen jetzt im Londoner Zoologischen Garten von einigen Gelehrten genau beobachtet worden sind. Dieses Tier könnte, wenn es genügend Nahrungstoff vor sich hätte, in 60 Sekunden 4000 „Bissen“ zu sich nehmen. Man hat beobachtet, daß ein gewöhnlicher Röhrmurm, wenn er in die Nähe einer Kröte gebracht wird, plötzlich spurlos verschwindet. Das ist nun kein Zauberkunststück, das die Kröte ausführt. Der Wurm verflüchtigt sich auch nicht in der Luft, sondern er verschwindet in der Kröte, aber unser menschliches Aufnahmevermögen ist nicht imstande, die Schnelligkeit dieses Vorganges zu erkennen. Wenn man die Nahrungsaufnahme mit dem bloßen Auge beobachtet, so ergab sich folgendes Bild: hier Kröte — hier Wurm. ... Kröte betrachtet Wurm mit aufmerksamem Blick — keine sichtbare Bewegung an irgendeinem Teil der Kröte — Wurm fort! Um dieses Problem zu lösen, wurde nun eine Filmaufnahme mit der Zeitlupe gemacht. Die Kröte führte ihr Kunststück aus, und langsam wurde ein Wurm aufgenommen mit einer Geschwindigkeit von einem Fünftel einer Sekunde. Die Beobachter betrachteten dann den entwickelten Film. Aber nicht das Geringste wurde daraus entdeckt, was man nicht schon mit bloßem Auge gesehen hätte. Dann wurde ein Film gemacht, der noch dreimal schneller aufgenommen wurde. Jetzt erst erkannte man das Herauskommen der Ardiengänge. Man hat berechnet, daß diese Jungensbewegungen etwa 4000 mal in der Minute mühelos ausgeführt werden kann.

Wie lebt der Angestellte?

Das Haushaltsbuch als Spiegel der Lebenshaltung.

Genosse Dr. Otto Suhr vom AFA-Bund hat kürzlich eine wertvolle Studie „Die Lebenshaltung der Angestellten“, Broder Volksverlag, Berlin 1928, 46 Seiten, Preis 1 Mark, veröffentlicht. Wir geben ihm zur Frage auch hier das Wort.

Die Angestellten kämpfen mit den Arbeitern in diesen Tagen aufs Neue um den Lohn ihrer Arbeit. Um Pfennige wird gerungen; was aber bedeuten diese Lohn- und Gehaltsverhöhungen für den Haushalt der einzelnen Familie und für den Markt der Wirtschaft? Die öffentliche Diskussion erschöpft sich meist in Zahlenangaben über Löhne und Preise. Wie das Arbeitslohnverhältnis verbraucht wird, wie der Angestellte von seinem Gehalt lebt und seine Familie ernährt, darüber schweigt meist das wissenschaftliche und das öffentliche Interesse. Der Verbrauch scheint Privatangelegenheit zu sein. Und doch jede Veränderung im Gebrauch und Verbrauch des täglichen Lebens ist von allgemeiner wirtschaftlicher Bedeutung.

Die Bedeutung der Haushaltsstatistik

wurde frühzeitig in der Arbeiterbewegung erkannt. Vor fast einem Menschenalter schon hat Adolf Braun eine der ersten Erhebungen über die Haushaltsführung der Arbeiter in Nürnberg angestellt. Später hat der Deutsche Metallarbeiterverband eine umfassende Untersuchung über die Haushaltsführung der Metallarbeiter unternommen. Die wichtigste amtliche Erhebung aus der Vorkriegszeit ist die von 1907 über die „Wirtschaftsrechnungen minderbemittelter Kreise“, bei der auch 36 Haushaltungen von Privatangestellten untersucht wurden. Auf dieser Erhebung fußt auch der Aufbau des Lebenshaltungsindex.

Krieg und Inflation haben aber die Struktur des Haushalts wesentlich verändert. Diese Veränderungen sind noch nicht erfasst. Aus diesem Grunde hat die Haushaltsstatistik des AFA-Bundes, die auf

ganzzährige Erhebungen von 43 Familien

im Jahre 1926/27 zurückgeht, einige Bedeutung. Leider haben sich an der Erhebung nur besser bezahlte Angestellte mit einem Durchschnittsgehalt von 338 Mark beteiligt. Doch es ist kein Zufall, wenn schichtbezogene Angestellte die Aufzeichnungen im Wirtschaftsbuch meist nach wenigen Wochen aufgeben haben; die Sorge um das tägliche Brot ließ ihnen kaum die Ruhe zu den täglichen Eintragungen.

Das Budget der Angestelltenfamilie erhält sein Gesicht durch die Höhe des Kulturbedarfs, jenen „sonstigen Ausgaben“, außerhalb der Aufwendungen für Ernährung, Wohnung und Kleidung. Zwar stehen die Ausgaben für Ernährung mit 36,5 Proz. des Gesamtstats für die Kultur, bedürfnisse mit 33,6 Proz. Der Angestellte muß für den Kulturbedarf mehr als für Wohnung (14,2 Proz.), für Heizung und Beleuchtung (3,4 Proz.) und für Kleidung und Wäsche (12,3 Proz.) aufwenden.

Die monatlichen Ausgaben einer Angestelltenfamilie

Ernährung	135,27 M.	Kulturbedarf	124,41 M.
Davon u. a.:		Davon u. a.:	
Fleischwaren	37,95	Gesundheitspflege	7,88
Eier	5,16	Versicherungen	19,62
Butter	14,16	Steuern	16,66
Milch	10,67	Mitgliedsbeiträge	5,38
Brot	19,50	Fahrtgeiß	5,39
Margarine	6,43	Zeitungen, Bücher	5,02
Gemüse, Obst	10,64	Schulbücher, Schulgeld	6,53
Kartoffeln	4,78	Theater, Kino	7,09
Zucker	3,27	Taschengeld	20,92
Bier, Wein, Spirituosi.	4,26	Unterstützungen aller Art	10,99
Kaffee, Tee, Kakao	6,05	Sparkastenbeiträge	3,19
Wohnung	52,80		
Kleidung und Wäsche	45,60		
Heizung u. Beleuchtung	12,42		

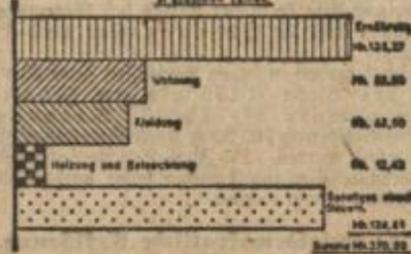
Unter den Ausgaben für Ernährung stehen die Aufwendungen für Fleischwaren aller Art mit 38 Mark pro Familie und Monat an erster Stelle. Unter den Angestellten, die sich an der AFA-Statistik beteiligten, war kein Vegetarier, doch fand bei einer Familie der Fleischverbrauch auf 50 Pf pro Kopf und Woche. Inwiefern ist der Einfluß des Berufslebens auf die Ernährung. Im Haushalt der Wertmeister und Kellerer spielen nicht ohne Grund die Ausgaben für Fleisch eine besondere Rolle, während die kaufmännischen Angestellten mehr Gemüse, Obst und Milch verbrauchen. Die Aufwendungen für Milch

sind mit 10,67 Mark im Monat überraschend hoch. Dasselbe wird für Gemüse ausgegeben.

Natürlich schwankt die Lebensweise auch stark nach dem Einkommen und der Größe der Familie. Während die am besten bezahlten Angestellten pro Person und Woche für 3,10 Mark Butter verbrauchen, sinkt der Butterverbrauch bei den schlechter bezahlten Angestellten bis auf 1,5 Pf. pro Person und Woche, gleichzeitig steigt der Margarineverbrauch dementsprechend von 15 Pf. auf 1 Mark pro Person und Woche. Alles in allem gesehen überwiegt die tierische Nahrung mit rund 45 Proz. beträchtlich für pflanzliche Nahrung betrogen die Aufwendungen weniger als ein Drittel der gesamten Ernährung. Bei wachsender Familie dient das Reineinkommen fast reiflos der Ernährung des Kindes.

GESAMT-DURCHSCHNITT

der Ausgaben pro Familie im Monat



Im Durchschnitt wurden in den Angestelltenfamilien pro Person und Monat 10 bis 11 Eier, 2 Pfund Butter, 11 Liter Milch, 3 Pfund Zucker, 30 Pfund Brot, 5 Pfund Fleisch und 26 Pfund Kartoffeln verbraucht. Im ganzen ergibt sich daraus noch für das Jahr 1926 eine Verschlechterung der Lebenshaltung gegenüber der Vorkriegszeit.

Für die gegenwärtigen Gehaltsbewegungen ist die Gegenüberstellung der Ergebnisse des AFA-Bundes mit den amtlichen Erhebungen von 1907 von besonderer Bedeutung. Während die Angestellten nach der amtlichen Erhebung von 1907 40,9 Proz. für die Ernährung ausgaben, beträgt der Ernährungsanteil nach der AFA-Statistik nur noch 36,5 Proz.; gleichzeitig ist der Kulturbedarf von 24,2 auf 33,6 Proz. gestiegen!

Dieser wachsende Anteil der „sonstigen Ausgaben“ im Budget kommt im heutigen Lebenshaltungsindex nicht zum Ausdruck.

Da aber gerade die Preise für den Kulturbedarf besonders gestiegen sind, liegt der Index zu niedrig. Würde der Kulturbedarf im vollen Umfange berücksichtigt sein und würde der Index außerdem die noch künstlich gedeckelten Wohnungsausgaben statt mit 20 Proz. nur mit 14 Proz. bewerten, dann würde das Niveau des Index tiefer sein. Die Haushaltsstatistik des AFA-Bundes beweist wieder einmal, wie respektlos der Lebenshaltungsindex ist. Der Index, der leider immer noch bei den Tarifverhandlungen eine viel zu große Rolle spielt, ist daher nur mit größter Vorsicht zur Berechnung des Realeinkommens zu verwenden.

Die sonstigen Ausgaben für den Kulturbedarf sind zum großen Teil zwangsläufig. Fast ein Zehntel seines Einkommens (einschließlich aller Nebeneinkünfte von Frau und Kindern) muß der Angestellte für Steuern und Versicherungsbeiträge aufbringen. Das bedeutet eine Steigerung gegenüber der Vorkriegszeit um 100 Proz.! Hinzu kommen natürlich noch die indirekten Steuern, die auf Salz, Zucker, Alkohol usw. ruhen, die Belastung der Ernährung und Kleidung mit Zöllen, die den Haushalt einer Familie im Jahr mit mehr als 200 Mark belasten. Man muß diese Belastung des Konsumenten laut betonen, wenn die Unternehmer über hohe Abgaben klagen! Zwangsläufig sind auch in der Familie Ausgaben für Arzt und Apotheke, Körperpflege, Mitgliedsbeiträge, zwangsläufig auch die Ausgaben für Schulbücher und vor allem für Fahrtgeiß, deren Notwendigkeit sich aus der Entfernung der Wohnung vom Arbeitsplatz ergibt. Unter diesen Umständen ist es selbst diesen qualifizierten Angestellten nur selten möglich, neben dem Zeitungsabonnement noch ein Buch anzuschaffen. Von einem regelmäßigen Wochenende im Grünen wird kaum die Rede sein können. Und bei 7 Mark, die durchschnittlich im Monat für Vergnügungen ausgegeben werden, wird die Familie auch nicht mehr als einmal monatlich ins Kino oder Theater gehen können. Aber auch diese Annehmlichkeiten muß die Masse der Angestellten, die nur ein Gehalt von 170 Mark durchschnittlich im Monat hat, entbehren!

Ein unmöglicher Plan.

Staatssekretär Hagedorn läßt für Herrn Schiele einen Versuchsballon steigen.

Wie sich die Reichsregierung die Durchführung des Notprogramms denkt, war bisher — bestenfalls — nur Herrn Schiele bekannt. In der „Kölnischen Zeitung“ hat jetzt Staatssekretär Dr. Hagedorn einen Plan zur Organisation des landwirtschaftlichen Notprogramms entwickelt, von dem man annehmen darf, daß er mit den Absichten des Herrn Reichs Ernährungsministers übereinstimmt. Dieser Plan hat deshalb besondere Bedeutung, weil die einzige Stelle, die bisher positive Vorschläge zur Durchführung des Notprogramms gemacht hat, das preussische Staatsministerium war. Die Vermutung ist also gerechtfertigt, daß die von Herrn Hagedorn entwickelten Pläne die preussischen Vorschläge mit in Rechnung gesetzt hat. Das ist in der Form geschehen, daß sie, wie zu erwarten war, überhaupt nicht beachtet wurden.

Die vom Reich bewilligten Mittel sollen als Sondervermögen in ein Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit eingebracht werden, für dessen Verpflichtungen nur das Vermögen der neu zu schaffenden Anstalt haften. Die Anstalt ist von allen Reichssteuern, Gebühren und Stempeln für sich und alle von ihr veranfaßten oder unterstützten Gründungen befreit. Das Ziel ist also eine öffentliche Unternehmung mit einem vom Reich zur Verfügung zu stellenden Kapital, das öffentliche Gelder zur Sanierung der privaten deutschen Landwirtschaft verwendet. Dabei berührt es schon merkwürdig, daß auch von diesem Unter-

nehmen gegründete Tochterunternehmen, die etwa, wie die Absatzorganisation für Vieh und Viehprodukte, ausschließlich Erwerbscharakter für die damit bedienten Landwirte haben würde, steuerfrei sein soll.

Wichtiger aber ist, wie sich Herr Hagedorn den Verwaltungsrat des Unternehmens denkt, der in völliger Freiheit unabhängig von Parlament und von der Regierung über die Reichsmittel zu verfügen und das Unternehmen zu leiten hat. Dagegen ist vorgesehen, daß alle Reichsbehörden und Reichsstellen den Verwaltungsrat in seiner Tätigkeit zu unterstützen haben. Die Mitglieder des Verwaltungsrates werden teils vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, teils von den großen Spitzenverbänden der Landwirtschaft berufen. Mindestens je ein Vertreter der Banken, des Handels und der Industrie — also kein Vertreter der Arbeiterchaft —, ferner je ein Vertreter der Reichsbank, der Rentenbankkreditanstalt und der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse, sondern außer den von den Spitzenverbänden der Landwirtschaft zu berufenden Persönlichkeiten dem Verwaltungsrat angehören. Als einziges Zugeständnis für die Tatsache, daß hier öffentliche Gelder rein privaten Zwecken dienstbar gemacht werden, ist die Entsendung von Reichstags- und Reichswirtschaftsratsmitgliedern anzusehen, „damit das Unternehmen von politischer Beeinflussung möglichst frei gehalten wird“. (1) Sachverständige und andere beratende Stimmen können hinzugezogen werden. Das Aufsichtsrat des Ernährungsministers wird dahin beschränkt, daß er nur bei Verstößen gegen die gesetzlichen oder satzungsgemäßen Bestimmungen eingreifen kann. Mitglieder der Reichsregierung oder des Reichsrates, einer Landesregierung

oder einem Reichsministerium oder einem Landesministerium angehörende Personen dürfen nicht berufen werden, weil sie in die Lage kommen könnten, im Verwaltungsrat nach Weisung stimmen zu müssen.

Wer diesen Plan unvoreingenommen prüft, laßt sich an den Kopf. Steuergelder, unter Umständen mehrere hundert Millionen, sollen von einer Körperschaft verwaltet werden, die im Rahmen der Satzungen diktatorische Befugnisse hat und jede Einflusnahme des Reiches oder der Länder ausschließt. Die Männer, die in den Verwaltungsrat berufen werden und die bei allen Beschlüssen den Ausschlag geben werden, sind die Interessenten der großen Spitzenverbände der Landwirtschaft, das heißt mit anderen Worten diejenigen Kreise, die sanfter werden sollen. Es ist, als ob Herr Schiele und Herr Staatssekretär Hagedorn bis heute noch keine Ahnung davon hätten, wie es in den Kreditinstituten dieser Spitzenverbände finanziell aussieht, als ob sie keine Ahnung davon hätten, daß es unmöglich ist, daß diese Verbände in eigener Sache, unter völligem Ausschluß jeglicher Kontrolle, wobei nicht einmal Sachverständige beschließende Stimme haben werden, handeln dürfen. Um nur ein Beispiel zu nennen, soll das überragende Interesse der Preußenkasse mit einer ganzen Stimme im Verwaltungsrat irgendeiner anderen beliebigen Stimme interessierter Verbandsdelegierter gleichgesetzt werden. Es liegt auf der Hand, daß eine derartig ausgelegene Körperschaft nichts anderes werden kann als im wesentlichen eine Organisation der Interessenten, bei der eine praktische Arbeit ausgeschlossen ist.

Der Hagedornsche Plan ist deshalb von vornherein ein totgeborenes Kind. Subventioniert in der Kapitalquelle — man könnte es mit Fug und Recht auch staatssozialistisch nennen — ist der Plan privatwirtschaftlich in einer bis zur Sinnlosigkeit gesteigerten Konsequenz. Die heillosen Verwirrung der Begriffe, die unter dem Einfluß des Reichslandbundes des Reichs Ernährungsministeriums beherrschte, konnte zu keiner tolleren Blüte getrieben werden, als es in diesem Plan geschah.

Zum Tode Marjischs.

Der Rathenau des Westens.

J. B. Luxemburg, 13. März. (Eigenbericht.)

Die Beifigungsfeierlichkeiten des verstorbenen Präsidenten der Internationalen Rohstoffgemeinschaft in Luxemburg, gestalteten sich zu einer großen Demonstration aller Schichten der Bevölkerung für den Mann, der die luxemburgische Großindustrie verkörperte und dabei voll tiefen, sozialen Verständnisses war. Am auffälligsten wurde diese allgemeine Sympathie dadurch bezeugt, daß die Ardons des Leichenwagens außer von Vertretern des französischen Kreiswertes und der „Arbed“, auch von dem Vorsitzenden des Privatbeamtenverbandes und vom Genossen Havig vom Berg- und Metallarbeiterverband gehalten wurden.

Aus bescheidenen Anfängen wurde Marjisch zum stärksten Exponenten der luxemburgischen Wirtschaft überhaupt und darüber hinaus zur tonangebenden Persönlichkeit der europäischen Eisenindustrie. Er fand auf der Fahrt zu den Verhandlungen der Internationalen Rohstoffgemeinschaft durch ein Autounglück den Tod. — Das Zustandekommen der Internationalen Rohstoffgemeinschaft ist vor allem sein Werk.

Durch seine Beziehungen zu den Kreisen der internationalen Hochfinanz und zur Großindustrie hatte er einen tiefen Einblick in die Produktionsverhältnisse der modernen Großindustrie und erkannte die Notwendigkeit internationaler Wirtschaftsverständigung. Kaum ein Wirtschaftsführer hat wie er die Friedensbestrebungen des Völkerbundes begriffen. Genf und Locarno hatten in ihm einen ihrer eifrigsten Verteidiger. Auch die Lage des heutigen Rußlands suchte er zu verstehen, und beurteilte russische Dinge mit einer Unvoreingenommenheit, die in Kreisen der Großindustrie selten ist.

Die Persönlichkeit Marjischs kann nur mit Walter Rathenau verglichen werden. Wie Rathenau gehörte Marjisch, obwohl er sich nie parteipolitisch betätigte, der radikalen Linken (Demokraten) an. Trotz seiner exponierten Stellung bekannte Marjisch sich zum Achtstundentage zu einer Zeit, wo diese Forderung sowohl in Luxemburg als in den übrigen Ländern noch als revolutionär galt. Und es war an einem 1. Mai, dem Weltfeiertage der internationalen Arbeiterchaft, wo seine Tochter auf der väterlichen Wisa die rote Fahne des internationalen Proletariats hissen konnte. Rathenau bedeutet das nicht viel; aber es kennzeichnet doch den freien Geist, der die Lebensatmosphäre Marjischs auszeichnete. Und wenn die Luxemburger Industriearbeiterchaft keineswegs unter besseren Bedingungen arbeitet als ihre Kameraden der übrigen Länder, so ist doch, gerade wegen der Seltenheit des Beispiels anzuerkennen, wenn ein Gegner aus menschlichem Empfinden der Tat der Arbeiter im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung Verständnis entgegenbringt.

Durch den Tod Marjischs ist der Posten des Vorsitzenden der Internationalen Rohstoffgemeinschaft offen. Zunächst wird wohl der stellvertretende Vorsitzende Fritz Thyssen die Geschäfte der Internationalen Rohstoffgemeinschaft weiterführen. Thyssen kam Marjisch nicht entgegen. Der endgültige Nachfolger Marjischs wird wohl der jetzige Präsident der Direktion der „Arbed“, M. Meyer, werden.

Im Dienst des Wohnungsbaus. Die Stadtschaft der Provinz Brandenburg hat auch im vergangenen Jahre ihre Beseitigungstätigkeit trotz der Schwierigkeiten auf dem Realcreditmarkt ausgedehnt und den Hypothekendefizit um 12,4 auf 43,7 Millionen Mark erhöhen können. Insgesamt war die Stadtschaft im Berichtsjahr an der Finanzierung von 1230 Neubauwohnungen beteiligt. Außerdem erhielt sie von den Reichswirtschaftskredit zur Förderung des Kleinwohnungsbaus ein Kontingent von 3 Millionen Mark, das den Anforderungen aber bei weitem nicht genügt. Der Hunger nach Bau- und Siedlungskrediten sowie Voranschüssen auf Hauszinssteuerhypotheken machte eine erhebliche Erweiterung der Zwischentrentenverpachtung erforderlich. So belief sich der Gesamtbetrag gewählter Zwischentrenten bei der Stadtschaft am Ende des Jahres auf fast 10 Millionen Mark. Mit Recht weist das Institut auf die Schwierigkeiten hin, unter denen die gesamte Bau- und Siedlungstätigkeit durch die Politik der Berntungsstelle leidet. In der Rückkehr vom fünf- zum achtprozentigen Wandbrief tritt die ganz umdrige Verteuerung des Realcredits und Belastung des Bauwertes deutlich in Erscheinung.

Wirtschaftssequete in Frankreich. Der nationale Wirtschaftsrat Frankreichs hat beschlossen, eine ausgedehnte Untersuchung über die Lage der hauptsächlichsten Zweige der französischen Wirtschaft anstellen zu dem Zweck, die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter, Arbeitnehmer, Konsumenten und des Staates zu verbessern. Für den Willen zur systematischen Rationalisierung der französischen Industrie ist dieser Entschluß ein deutliches Zeichen.



Die Reemtsma-Werke

wurden in der letzten Zeit von folgenden Delegationen studiert
und als technisch vollkommenste Anlagen der Welt anerkannt:

- | | |
|---|--|
| = Fabrikationsleiter des schwedischen Tabakmonopols | = Delegierter Ingenieur des türkischen Tabakmonopols |
| = Generaldirektor der polnischen Tabakregie | = Delegation des Picardo-Konzerns, Buenos-Aires |
| = Inspektor der österreichischen Tabakregie | = Delegation des Veado-Konzerns, Rio de Janeiro |
| = Delegierter der französischen Tabakregie | = Delegation der italienischen Tabakregie |

und viele weitere Delegationen aus Brüssel, Oslo, Kopenhagen, Amsterdam, Pernambuco usw.

Dies beweist das
— über den ganzen Erdkreis reichende —
Ansehen der Mischungswerkstatt der

**REEMTSMA
CIGARETTEN**

OVA

im Anablenformat

5 Pf.



Jeden Mittwoch
KINDER TAG
Extra billige Preise

Anzüge für die Kleinen 5,00
Original Kleider-Anzug 12,50
Einknopfanzüge 7,50
Sport-Anzüge 16,50
Mädchenmäntel 6,25
Windjacken 6,50

BAER SOHN A G
Berlin N4, nur Chausseestr. 29-30

Direction der Disconto-Gesellschaft
Berlin.

Unsere Kommanditisten werden hierdurch auf
Freitag, den 30. März 1928, nachm. 4 Uhr,
zu der diesjährigen
ordentlichen Generalversammlung
nach unserem hiesigen Geschäftshause, Unter den Linden 33, V. Stock, eingeladen.

Verhandlungsgegenstände:

- Vorlage der Bilanz und Gewinn- und Verlust-Rechnung sowie der Berichte der Geschäftsinhaber und des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1927. Beschlussefassung über die Genehmigung der Bilanz, die Gewinnverteilung und über die der Verwaltung zu erteilende Entlastung.
- Satzungsänderungen:
Art. 21 (Höchstzahl der Aufsichtsratsmitglieder).
Ferner sind zu streichen in:
a) Art. 3 der Abs. 2 (Erfordernisse des Beschlusses der Auflösung);
b) Art. 31 Abs. 1 die Worte „der Reichsbank oder der Bank des Berliner Kassen-Vereins“ und dafür die Worte einzufügen „einer Effektenbank eines deutschen Wertpapierbörsenplatzes“;
c) Art. 31 Abs. 6 (Stimmrecht von Bevollmächtigten) der Satz 2;
d) Art. 32 Abs. 2 (Berufung von außerordentlichen Generalversammlungen) die Worte „oder wenn über die Auflösung der Gesellschaft zu beschließen ist“;
e) Art. 33 Abs. 7 (Passung des Abstimmungsprotokolls) der Satz 2;
f) Art. 35 Abs. 1 (Beschlüsse über Satzungsänderungen) der Nebensatz „um definitiv gültig und wirksam zu sein“ und die Worte „und des Aufsichtsrats“.

3. Wahlen zum Aufsichtsrat.
Zur Teilnahme an der Generalversammlung ist jeder Kommanditist, zur Stimmenabgabe bei den zu fassenden Beschlüssen sind nur diejenigen Kommanditisten berechtigt, die ihre Anteile — oder die Hinterlegungscheine der Bank des Berliner Kassen-Vereins — spätestens am dritten Tage vor der Generalversammlung entweder bei einem Notar nach Maßgabe der Vorschriften unserer Satzung oder

bei der Direction der Disconto-Gesellschaft in Berlin, der Norddeutschen Bank in Hamburg oder dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G. in Köln, oder bei einer Filiale oder Zweigstelle der vorge-nannten Banken an anderen Plätzen,

oder für die dem Effektengiroverkehr angeschlossenen Bankfirmen bei der Effektenbank des betreffenden deutschen Börsenplatzes, oder bei den sonstigen im Reichsanzeiger Nr. 59 vom 9. März 1928 veröffentlichten Stellen gegen Bescheinigung bis zur Beendigung der Generalversammlung hinterlegen.

Bei den auf Namen lautenden Kommanditanteilen ist zur Stimmrechtsausübung außerdem erforderlich, daß der hinterlegende Kommanditist als Eigentümer der von ihm hinterlegten Kommanditanteile in das Aktienbuch der Gesellschaft eingetragen ist.

Die Hinterlegung ist auch dann ordnungsmäßig erfolgt, wenn Anteile mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für sie bei einer anderen Bankfirma bis zur Beendigung der Generalversammlung im Sperrdepot gehalten werden.

Wir weisen ausdrücklich darauf hin, daß die Hinterlegung von Reichsbankdepotscheinen wegen der veränderten Verwahrungsbedingungen der Reichsbank kein Recht zur Stimmrechtsausübung mehr gibt.

Berlin, den 8. März 1928.

Direction der Disconto-Gesellschaft.

Die Geschäftsinhaber:

Dr. Salomonsohn. Dr. Russell. Urbig. Solmsen.
Mosler. Schleper. Th. Frank. Boncr.

Theater, Lichtspiele usw.
Volksbühne
Theater am Mühlentisch 7 1/2 Uhr
Peer Gynt
Renaissance-Theater
Steinplatz 901
4 1/2 Uhr
Coeur Bube.

CASINO-THEATER 8 Uhr
Lothringstr. 37
Doktor Klaus.
Auswechseln. Gutschein 1-4 Pers.
Pauteuil nur 1,10 M., Sessel 1,60 M.

Reichshallen-Theater 8 Uhr, Sonntg. nachm. 3 Uhr.
Stettiner Sänger
„Nitternacht in der Gemälde-Galerie“
nachm. ermäß. Preise.
Jöhhoff-Brett!
Das gute Männerprogramm mit TANZ.

Dienstag, 3. März
Staats-Oper
im Pl. d. Republik
8 Uhr
Der Arzt wider Willen
Jüdel, Schauspiel.
8. Umdruck
8 Uhr
Die Pfister vom Neckar
Der Geizige

Mittwoch, 4. März
Städtische Oper
Bismarckstr.
8. Umdruck
8 Uhr
Der Barbier von Sevilla
Staatl. Schillertsh.
Charlottenburg
8 Uhr
Das Duell am Lido

Großes Schauspielhaus
Anfang 8 Uhr
Ende 11 Uhr
REGIE:
CHARELL
DONDADOUR MASSARY
Sonntag um 3 Uhr halbe Preise

Komische
8 1/2 Uhr Oper 8 1/2 Uhr
James Klein's
gewaltiges neues
Revue-Stück:
Zieh' dich aus!
200 Mitwirkende.
Vorverkauf ab 10 Uhr ununterbrochen.

Thalia-Theater
Dresdner Str. 72-73
8 U.: Das Kamel geht durch das Nadelohr

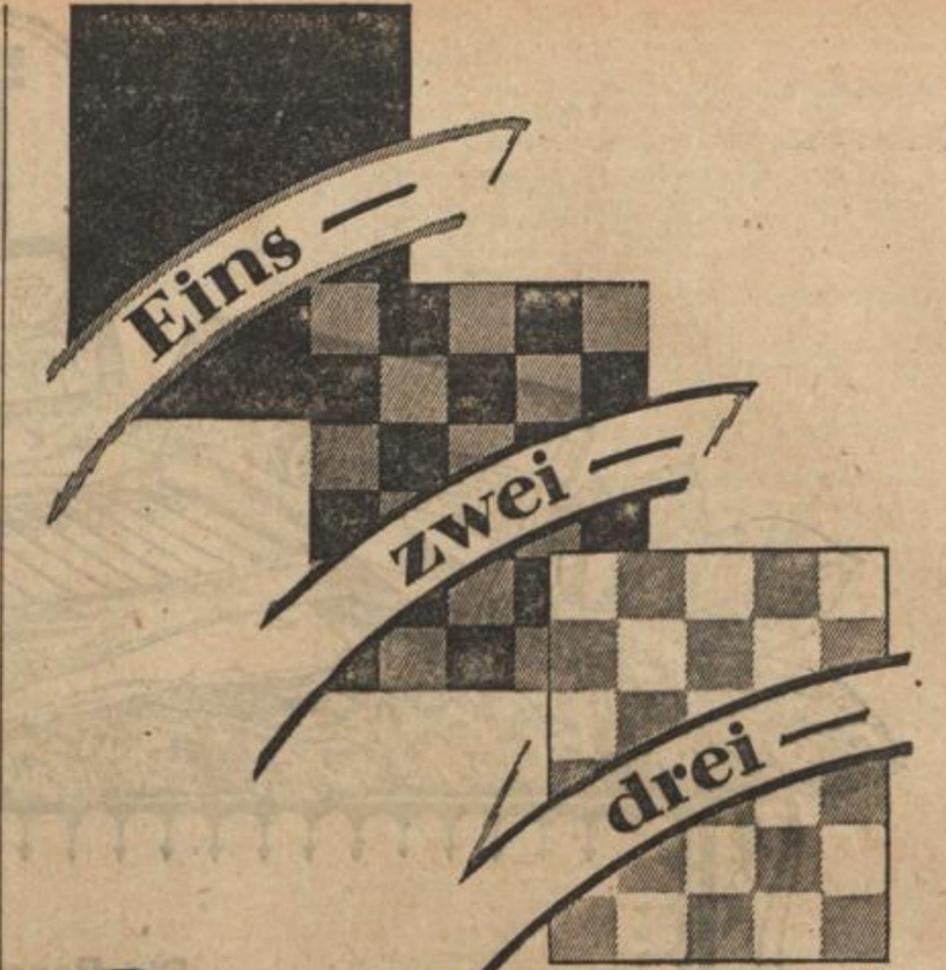
Rose-Theater
Gr. Frankf. Str. 122
8 1/2 Uhr
Der Flieger

SCALA
Nollendorf 7360
Enrico
Rastelli
und weitere internationale
Varieté-Attraktionen.

Theater am Kottbuser Tor
Kottbuser Straße 6. Tel. Mpl. 16073
Täglich 8 Uhr
Sonntag, nachmittags 3 Uhr

Elite-Sänger
im März-Spielplan 4 gr. Schläger
„Oh diese Schwiegerväter“
Volksstück in 1 Akt.
Ferner: Schorsch Russell, der Meister der Komik in „Fräulein Tauscher“

Wintergarten 8 Uhr
Otto Reutter
und das
Orchester



SO reinigt VIM Ihre Fliesen u. Kacheln!
Kacheln, Fliesen, Holz und Stein VIM putzt alles blendend rein.

Deutsches Theater
Norden 12 318
Abonnementsbüro:
Norden 10 338-39.
1/2 U. Ende nach 10
Zwölftausend
Sonntag, den 18. nachm. 4 Uhr
Zinsen
Preise 1-7 M.

Kleines Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
Gretchen
Für Jugendliche nicht geeigneter
Sonntag 4 Uhr kleine Preise
Lissy, die Kokotte

Th. im Admiralspalast
Letzter Monat
Tägl. 8 1/2 Uhr
HALLER-REVUE
„Wann und wo“
Schluss der Spielzeit 28. März

Planetarium am Zoo
Täglich, außer an Feiertagen
Noll. 1578
18 und 19 Uhr
Der Sternhimmel der Heimat
18 u. 21 Uhr
Im Reiche der Himmelskörper
Eintritt 1 M.
11 Uhr ab 15 Jahren 50 Pf.

Bäderergemeinschaft „Berlin“
eingetragene Genossenschaft m. b. H.
Urbanstraße 70a, Berlin.
Jahresur per 31. Dezember 1927

Die Komödie
Bismarck 2414-7816
1/2 U. Ende 10 1/2 U.
Marcel Fardelitt
(Der Eunuch)

Kammerspiele
Norden 12 318
1/2 U. Ende nach 10
Finden Sie, daß Consensens sich richtig verhält?

Residenz-Theater
Tägl. 8 1/2 Uhr
Kein Polliciverbot
Oskar Ebelbacher
in
Schule der Liebe
Fritz Schwan in 3 Akten
Für Jugendl. verb.
Für Parkende halbe Preise

Bekanntmachung betr. Müllbeseitigung.
Das Ostpreuß. betreffend die Müllbeseitigung in Berlin vom 8. Juli 1926, und die im Zusammenhang hiermit erlassene Vollzugsverordnung vom gleichen Tage sind mit Wirkung vom 1. April 1928 ab auf den Verwaltungsbezirk Stieglitz ausgedehnt worden. (Bgl. Amtsblatt der Stadt Berlin Nr. 10 vom 4. März 1928 und Amtsblatt für den Verwaltungsbezirk Berlin Nr. 9 vom 8. März 1928.)
Nach § 8 des Ostpreuß. in Verbindung mit § 1 der Vollzugsverordnung ist jeder Eigentümer verpflichtet, sein Grundstück zwecks Inanspruchnahme der öffentlichen Müllbeseitigung schriftlich unter Benennung desjenigen nach Straße und Hausnummer und Angabe der von ihm für erforderlich gehaltenen Anzahl der Müllgefäße und der wünschenswerten Gefäßmitteilungen — für Sommer und Winter — bei der Stadt anzumelden.
Sämtliche Hauseigentümer des Verwaltungsbezirks Stieglitz werden ersucht, ihre Grundstücke bis Ende März 1928 bei dem Stadtverwaltungsamt, Berlin C. 2, Poststraße 14, anzumelden. Wie machen darauf aufmerksam, daß die Nichtanmeldung polizeiliche Strafmaßnahmen nach sich zieht.
Bei denjenigen Hauseigentümern, die lieber ihr Müll durch die Straße in die Müllabfuhr-A. G. haben abfahren lassen, werden sie bei dieser Gelegenheit verbindliche Anzahl der Entleerungen anzuordnen. Im Falle des Einrückens des Grundstückes wird von einer weiteren Anmeldebefreiung abgesehen.
Berlin, den 12. März 1928.
Müllerstr. 1.

Die Mitgliederzahl betrug 21 ohne Bereinigung.
Das Mitgliederbuch beträgt 21 x 2,00 = 42,00 = Mark, die Beiträge ebenfalls.
Das Geschäftsjahr ging vom 1. Januar 1927 bis 31. Dezember 1927.

Berliner Theater
Direktion Kühnert
Kottbuser Str. 10-11, 12, 13, 14
8 1/2 Uhr
Max Adalbert
Der Herr von ...

Piscatorbühne
Theater am Nollendorferplatz
Kurfürst 2091/93
Anf. 8. Ende geg. 11
Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejda
mit Max Pallenberg
und Erwin Piscator

Walhalla-Th.
Weinbergsweg 19/20
Täglich 8 1/2 Uhr
„Das Abstellquartier“
Schwank in 3 Akten
Jugendliche keine Zutritt!
Vorzeiger dieses zahlen für Parken auch Sonntags statt 1,- Mk nur 80 Pf.

Salzburg-Bühnen
Dir. Künstler-Th.
8 Uhr
Die goldne Melsterin

Der Vorstand
Gudow Trombke, Wilhelm Sinnemann.

Theater d. d. Lützowstr.
Tel. Kurl. 9207-10.
Täglich 8 1/2 Uhr
Bennet
contra
Aschenbrödel
12 Bilder mit Jazzmusik
Wirt, Posner, Kain-Dir.
Koch, Wolf, Beyer, Böhm.

Theater des Westens
Täglich 8 1/2 Uhr
Zigeunerbaron
Klurina a. G. (Westliche Lichtenstein, Hofbauer, Fleischer
bei. Wupp. Wieser.
Bradsky, Brandt

Metropol-Th.
Zentrum 128 24
8 1/2 Uhr
Der Graf von Luxemburg
„Der Graf von Luxemburg“
Haupt-Akteur: Kuhn, Kallner.
Kuhn, Kallner

Bettfedern
nicht roh, sondern gründlich gereinigt (gew.) garant. frei v. Krankheitskeimen.
Rupf p. Pfd. 0,80, 0,80, 1,40, dann 1,90, Rupf weiß 2,30, Halb weiß 3,80, weiß Schieß 2,-, Schießhalbi 3,50, Daunens 5,50, weiße Daunens 7,-, 9,50, gef. Oberbetten mit stark. Inlett, 2 m lang 9,50, 11,60, 14,90, 17,65, Unterbetten 7,50, 9,20, 11,90, 13,20, Kissen 2,90, 3,90, 5,40, 6,65, Portofrei v. M. 20,-.
Nichtpass. zurück od. Umtausch. Preis. Nr. 42 u. Muster gratis.
M. Sannemann,
Berlin S 59, Kottbuser Damm 88/89
Zweigniederlassung:
Berlin N 84, Rosenthaler Straße 9.

Allgemeine Ortskrankenkasse für den Stadtbezirk Cöpenick.
Hiermit laden wir die Mitglieder des Ausschusses zu der am Freitag, dem 23. März d. J., abends pünktlich 10 Uhr, im oberen Saal des Restaurants „Raisers“ Grünstraße 10, stattfindenden
ordentlichen Ausschuss-Sitzung
ein.
Tagesordnung:
1. Genehmigung von Berichts- und Jahresrechnungen für 1927.
2. Bericht des Vorstandes für 1927.
3. Abnahme der Jahresrechnung für 1927.
4. Beschlußf. d. d.
Berlin-Cöpenick, den 13. März 1928.
Der Vorstand
Otto Nickel, Vorsitzender.

Losspielhaus
8 1/2 Uhr
Julio Tafelscher
„Unter Geschäftsaufsicht“

Th. im Admiralspalast
Tägl. 8 1/2 Uhr
HALLER-REVUE
„Wann und wo“
Schluss der Spielzeit 28. März

Planetarium am Zoo
Täglich, außer an Feiertagen
Noll. 1578
18 und 19 Uhr
Der Sternhimmel der Heimat
18 u. 21 Uhr
Im Reiche der Himmelskörper
Eintritt 1 M.
11 Uhr ab 15 Jahren 50 Pf.

Bekanntmachung betr. Müllbeseitigung.
Das Ostpreuß. betreffend die Müllbeseitigung in Berlin vom 8. Juli 1926, und die im Zusammenhang hiermit erlassene Vollzugsverordnung vom gleichen Tage sind mit Wirkung vom 1. April 1928 ab auf den Verwaltungsbezirk Stieglitz ausgedehnt worden. (Bgl. Amtsblatt der Stadt Berlin Nr. 10 vom 4. März 1928 und Amtsblatt für den Verwaltungsbezirk Berlin Nr. 9 vom 8. März 1928.)
Nach § 8 des Ostpreuß. in Verbindung mit § 1 der Vollzugsverordnung ist jeder Eigentümer verpflichtet, sein Grundstück zwecks Inanspruchnahme der öffentlichen Müllbeseitigung schriftlich unter Benennung desjenigen nach Straße und Hausnummer und Angabe der von ihm für erforderlich gehaltenen Anzahl der Müllgefäße und der wünschenswerten Gefäßmitteilungen — für Sommer und Winter — bei der Stadt anzumelden.
Sämtliche Hauseigentümer des Verwaltungsbezirks Stieglitz werden ersucht, ihre Grundstücke bis Ende März 1928 bei dem Stadtverwaltungsamt, Berlin C. 2, Poststraße 14, anzumelden. Wie machen darauf aufmerksam, daß die Nichtanmeldung polizeiliche Strafmaßnahmen nach sich zieht.
Bei denjenigen Hauseigentümern, die lieber ihr Müll durch die Straße in die Müllabfuhr-A. G. haben abfahren lassen, werden sie bei dieser Gelegenheit verbindliche Anzahl der Entleerungen anzuordnen. Im Falle des Einrückens des Grundstückes wird von einer weiteren Anmeldebefreiung abgesehen.
Berlin, den 12. März 1928.
Müllerstr. 1.

Ueber 150 Standuhren
am Lager
Goldene Herren-Uhren / Uhren aller Art / Gold- u. Silber-waren / Trauringe, Silber-Bestecke
Karl Wutke
Uhrmachermeister
Invalidenstraße 10
an der Gartenstr. (Stett. Bf.)
Gegründet 1900